



# Danziger Zeitung.

Nr. 16915.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

# Beitung.

## Die Operation in San Remo.

Nachdem schon die Nachrichten der letzten Tage den Eintritt einer größeren Schwelling an den erkrankten Stellen des Kehlkopfes gemeldet hatten, mußte man bereit auf die Vornahme der Tracheotomie gesetzt sein. Und schon längst ist auf diese Eventualität hingewiesen worden. Die Stationierung Dr. Bramanns in San Remo hat ja auch ausdrücklich zu dem Zweck stattgefunden, um sofort die Operation vorzunehmen, wenn die Anschwellung im Kehlkopfe einen solchen Umfang erreichen sollte, daß eine erhebliche Er schwerung des Atemens entstünde. Freilich lauteten die Meldungen vor mehreren Wochen so günstig, daß man sich zu der Hoffnung auf eine stetig fortschreitende Besserung berechtigt hielt. Wenn nun aber auch das Gegenteil eingetreten ist, so ist die Sache doch immer noch nicht hoffnungslos geworden. Die Vornahme der Tracheotomie wenigstens ist kein sicherer Maßstab zur Beurteilung des eigentlichen Krankheits herdes. Die Tracheotomie ist zunächst nur eine Hilfs- und Nebenoperation, dazu bestimmt, freie Atmung zu schaffen, nachdem der normale Luftweg durch den Kehlkopf durch die Schwelling verengt ist, und ferner eine bessere und bequemere Behandlung des Kehlkopfes überhaupt zu ermöglichen. Geht die Schwelling im Kehlkopfe zurück, dann würde auch in kurzem die unterhalb des Kehlkopfes ge machte Öffnung wieder geschlossen werden können. Über den Verlauf der Operation und den Zustand des hohen Patienten liegen uns heute folgende Depeschen vor:

**San Remo, 10. Febr. (W. L.)** Die Operation wurde im großen Wohnzimmer der Villa Iorio, das jetzt in ein Schlafzimmer umgewandelt ist, vollzogen. Der Kronprinz wurde während der Operation nicht ohnmächtig und verspürte keine Schmerzen; der Blutverlust war äußerst gering. Der Kronprinz fühlte sich abends sehr erleichtert, darf aber zunächst nicht sprechen.

**Berlin, 10. Febr. (Privat - Telegramm.)** Dr. Bramann vollzog im Beisein sämtlicher Ärzte an dem Kronprinzen, welcher dabei auf dem Sopha lag, die Tracheotomie tief unterhalb des Kehlkopfes. Es kommt bei solchen Operationen zuweilen vor, daß in die angeschnittenen venösen Blutgefäße Luft eindringt, bis zum Herzen gelangt und durch Herzähmung sofortigen Tod herbeiführt. Dies hat das Geschick des Operateurs vermieden. Der Kronprinz verlor kaum einen Kaffeelöffel voll Blut. Sofort fühlte er sich erleichtert. Professor Bergmann begab sich auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers nach San Remo.

Zu dem gestrigen Subscriptionsball waren der Kaiser, die Kaiserin, Prinz und Prinzessin Wilhelm nicht erschienen. Es fand kein Tanz, sondern nur eine Promenade statt.

**London, 10. Febr. (W. L.)** Im Oberhause widmete gestern der Premierminister Lord Salisbury dem deutschen Kronprinzen Worte herzlicher Theilnahme; derselbe durfte der Sympathie und der Bewunderung des Hauses sicher sein. Er sei glücklich, zu vernehmen, daß die Operation glücklich von Statten gegangen und das Besinden des Kronprinzen verhältnismäßig befriedigend sei.

Die Tracheotomie (herrührend von den gleichsinnigen Wörtern trachea = Lufttröhre und temnein = schneiden) ist an sich keine schwierige und sehr häufig vorkommende Operation, namentlich bei Diphtheritis. Einige Gefahr ist damit zwar auch insofern verbunden, als durch in die Lunge gelangendes Blut etc. Lungenentzündung entstehen kann; aber immerhin ereignen sich solche Misserfolge nur selten, namentlich bei erwachsenen, widerstandsfähigeren Personen. Das Wesentliche der Operation besteht darin, daß nach sorgfältiger Freilegung der Lufttröhre eine Öffnung in dieselbe geschnitten wird. Da sich dieseindeß bald wieder schließen würde, so muß sie durch Einlegen einer Röhre offen gehalten werden, wo man sich einer besonders konstruierten Canule aus Silber zu bedienen pflegt, die nahezu halbkreisförmig gebogen ist und an dem aufliegenden Ende einen schildförmigen Rand hat, um das Hineingleiten der Röhre in die Lufttröhre zu verhindern. Um eine leichte

Reinigung der künstlichen Öffnung von Schleim etc. zu ermöglichen, gebraucht man gewöhnlich zwei genau in einander passende Röhren, von denen man die innere leicht aus der äußeren herausnehmen kann, ohne diese aus ihrer Lage zu bringen. Um den Eintritt von Staub etc. in die Lunge zu verhindern, legt man ein Stück Zeug über die Öffnung. Die Atmung geht nun durch diese Öffnung vor sich; vernehmliches Sprechen ist natürlich unmöglich, da sich jetzt nur die Lippen bewegen können und keine Luft mehr durch den Kehlkopf passiert. Zu sprechen vermag der Arzte nur bei Verschluß der Öffnung der Canule, so daß die Luft durch den Kehlkopf streichen kann. Wenn die Gefahr im Kehlkopf, welche die Tracheotomie hervorrief, beseitigt ist, wird die Canule wieder herausgenommen, worauf sich die Wunde rasch wieder schließt.

Möge ein gütiges Schicksal es fügen, daß die jetzt am Kronprinzen vorgenommene Operation ihren Zweck voll und ganz erfülle und zu einer Wendung zum Guten werde!

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**London, 10. Febr. (W. L.)** Der Premierminister Salisburys erklärte gestern im Oberhause bei Beratung der Adresse, er glaube an die Erhaltung des Friedens auf das bestimmteste und entschiedenste. Die Mittheilungen Russlands, daß es nicht an eine unmittelbare Action denke und sich einer solchen sorgsam enthalten werde, seien nicht bloß versöhnlich, sondern auch aufrichtig.

**Rom, 10. Februar. (W. L.)** Wie die „Agenzia Stefani“ erfährt, hat der König das Decret betreffend die Erhöhung der Getreidezölle von 3 auf 5 Francs unterzeichnet.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 10. Februar.

### Der Kartellgenosse Stöcker.

So hat denn gestern die Cartellmehrheit des Reichstags ihren Antrag auf Verlängerung der Legislaturperioden glücklich unter Daum und Fack gebracht. Der Tag war, so sicher auch das Resultat schon längst feststand, doch noch recht interessant; nicht deshalb, weil die beiden Präsidenten des Hauses, Herr v. Webel und Herr v. Unruhe, die Regierung roh nahmen, ihre Amtsführung auch äußerlich immer mehr dem Charakter des ganzen Vor gehens der Mehrheit anzupassen, aus der sie her vorgegangen sind, sondern namentlich wegen des Auftretens des Herrn Stöcker und wegen der Vorbehalt, die sowohl die gemäßigten Conservativen, als auch die Nationalliberalen den Stöckerischen Ausführungen gegenüber — nicht gemacht haben; und es ist ein zumeist zutreffendes Wort, was ein alter Papst erfand: „Qui tacet, consente videtur!“

Wie mag aber wohl den Nationalliberalen, welche den Aufruf zu Sammlungen für die Stadtmission des Herrn Stöcker unterschrieben haben, innerlich zu Muthe gewesen sein, als der Herr Hofprediger heute im Reichstage gegen die „Grundvergütung“ durch politische Agitationen Protest einlegte und über die Angriffe Klage führte, deren Gegenstand er anlässlich der Waldersee-Verhandlung gewesen sein will? Herr v. Bennigsen hat in der Sitzung vom 3. Februar in Form einer persönlichen Bemerkung seine Unterschrift unter dem Aufruf damit gerechtfertigt, daß es sich um die Unterstützung der Missionen in sämmtlichen größeren Städten handle, daß der Aufruf von allen Richtungen der evangelischen Kirche ausgehe, zu einer gemeinsamen Liebhaberhaft auf diesem Boden aufzufordern, wo allerdings die Not, die geistige und die physische, groß genug sei, daß auch ein kirchlich und politisch liberaler Mann, wie er sei und immer gewesen sei, sehr wohl mit Andersdenkenden, auf einem anderen Boden in der evangelischen Kirche stehen zusammenwirken könne. Herr v. Bennigsen wies dann noch ausdrücklich den Vorwurf zurück, daß er das Werk der Stöcker'schen Berliner Stadtmission gewissermaßen mit seinem und seiner Freunde Namen decke. In dieser Erklärung hat Herr v. Bennigsen wenigstens das Eine gegeben, daß die Stöcker'sche Berliner Stadtmission bleibt, was sie gewesen ist, und daß weder Herr v. Bennigsen noch irgend ein anderer der Unterzeichner des Aufrufs seine Unterschrift in der Voraussetzung oder unter der

Bedingung gegeben hat, daß die Leitung der Stadtmission in Zukunft in andere Hände als in diejenigen des Herrn Stöcker gelegt werden solle. Herr v. Bennigsen ist jetzt der Ansicht, daß auch ein „liberaler“ Mann, wie er, mit Herrn Hofprediger Stöcker unbedenklich zusammen arbeiten kann. In dem Aufruf für die Stadtmission handelt es sich um das Zusammenwirken mit Herrn Stöcker auf dem kirchlichen Gebiet.

Gestern im Reichstage bei der 3. Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Verlängerung der Legislaturperioden präsentierte sich Hofprediger Stöcker seinen nationalliberalen Mitarbeitern im Weinberge des Gemeinwohls auch als politischer Parteigenosse. Je seltener Wahlen stattfinden, um so besser für das Volk, meinte Herr Stöcker, der sich bei dieser Gelegenheit als ein abgesagter Feind der politischen Agitation darstellte. Nach der Ansicht des Herrn Stöcker wäre es offenbar ein großer Gewinn für den Seelenfrieden der Nation, wenn das schlimme Wählen überhaupt aufhörte. Ist doch der Herr Hofprediger sogar mit dem Reichstage nicht zufrieden. Wenn derselbe die vorliegenden politischen oder wirtschaftlichen Fragen ausschließlich nach sachlichen, nicht nach Parteirücksichten behandelt, so würde das parlamentarische Treiben vielleicht eine politische „Schule“ zur Bildung der Nation sein. Aber leider ist das nicht der Fall! Nach der Ansicht des Herrn Stöcker sind nicht nur die Wahlen, sondern auch die Parlamente selbst von Übel. Nicht etwa, weil Herr Stöcker in seiner Eigenschaft als Geistlicher die Politik grundätzlich zurückweist, sondern weil diese Betätigung der politischen Überzeugung die Kreise des Herrn Hofpredigers stört. In Wahlzeiten ist selbst der beste Christlich-sociale der Verlückung durch Vertreter anderer politischer Richtungen ausgesetzt — und das ist von Übel. Was Herr Stöcker hier sagt, ist ganz dasselbe, was die Herren v. Behr, v. Hellendorf, v. Bennigsen bisher schon vorgebracht haben. Die Wahlen sollen nur alle fünf, anstatt alle drei Jahre stattfinden, damit die mit dem Wählen verbundene politische Auseinandersetzung vermieden wird. Damit wird offen eingestanden, daß die Cartellparteien ihre Stütze nicht bei den politisch Gebildeten suchen, sondern bei der Masse der Apathischen, die ohne eigene Überzeugung von oben gegebenen Parole folgen.

So seltsam es klingt, Herr Stöcker sagt ganz dasselbe, wie seine „liberalen“ Cartellgenossen, „nur mit etwas anderen Worten“.

### Bedenkliche Beschlüsse der Commission für das Schullastengesetz.

In der Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Gesetzentwurfs betreffend die Erleichterung der Volkschullasten ist es der Coalition der Deutschconservativen mit dem Centrum gelungen, die von der Regierung beantragte Aufhebung des Schulgeldes in den öffentlichen Volksschulen zu befehlen. Dlejenigen Volksschulen, bei welchen der Ertrag des Schulgeldes höher ist als der Staatsbeitrag, dürfen auch weiterhin Schulgeld zur Deckung der Differenz erheben, falls der Kreis- bez. der Bezirkstaufschuß sich damit einverstanden erklärt. Durch diesen Beschuß ist die Durchführung des Verfassungsartikels, wonach der Unterricht in der Volksschule unentgeltlich sein soll, vereitelt. Ebenso bedenklich ist der weitere Beschuß, wonach die Erhebung des Schulgeldes gestattet bleiben soll auch in Schulen, deren Unterrichtsziele über die zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht vorgeschriebenen Anordnungen nicht hinausgehen, wenn die schulpflichtigen Kinder des Bezirks, welche die gewöhnliche Volksschule besuchen wollen, Aufnahme in einer schulgeldfreien Schule finden. Dadurch werden schulgeldfreie Volksschulen — d. h. Armenschulen neben schulgeldpflichtigen Schulen begründet. Die Petitionen aus Hannover und Sachsen hatten nur verlangt, daß die Erhebung von Schulgeld gestattet werden soll in den sogen. „gehobenen Schulen“. Für den in Rede stehenden Beschuß haben die Conservativen, die Freiconservativen, das Centrum und zwei Nationalliberalen gestimmt, zwei andere Nationalliberalen und die Freisinnigen gegen denselben.

### Der Eisenbahnvorlage.

Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß die in der Eröffnungsrede zum preußischen Landtag erwähnte Eisenbahnvorlage bis jetzt noch nicht erschienen ist, obwohl allgemein bekannt war, daß die Vorarbeiten dazu längst abgeschlossen waren. Man will dies in parlamentarischen Kreisen auf

den Umstand zurückführen, daß der ursprüngliche Umsatz der Vorlage, und zwar mit Rücksicht auf strategische Anforderungen, eine Erweiterung erfahren habe. Bekanntlich handelt es sich bei diesen Eisenbahnvorlagen keineswegs ausschließlich um Anlegung von Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung (Secundärbahnen), sondern um Anlage zweiter Gleise, Erweiterung von Bahnhöfen, Ergänzung des rollenden Materials u. s. f. Unter solchen Umständen würde die noch ausstehende Eisenbahnvorlage als eine der wichtigsten Aufgaben der jetzigen Landtagstagung zu erachten sein.

### Die Gewerkevereins-Invalidenkasse.

Die nach mehr als dreijährigem Warthen erfolgte staatliche Genehmigung der Verbands-Invalidenkasse der deutschen Gewerkevereine bildet, wie der Verbandsanwalt Dr. Hirsch im Centralrath mit Recht hervorhob, eine Genugthuung für die Begründer und Leiter und für die treuen Mitglieder der so vielfach angefeindeten Kasse. Es ist ein schönes Zeugniß der Kraft des genossenschaftlichen Geistes in den deutschen Gewerkevereinen, daß die Verbands-Invalidenkasse trotz aller Schwierigkeiten und Verhängnissen bis Ende 1887 bereits an 585 invalide Arbeiter Unterstützungen im Betrage von 432 797,86 Mk. gezahlt und ein Vermögen von 279 592,82 Mk. ange sammelt hatte. Ahnliches hat die bereits früher genehmigte Invalidenkasse des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dünker) geleistet. Die Verbands-Invalidenkasse tritt also mit günstiger finanzieller Grundlage in ihre Wirklichkeit als staatlich anerkannte Kasse ein und wird eventuell auch neben der von Reichswegen einzuführenden Alters- und Invalidenversicherung besonders durch die in die Wahl der Mitglieder gestellte Kapitalversicherung von 5000—8000 Mk. zahlreiche Mitglieder gewinnen und noch mehr Gegen als schon bisher stifteten.

### Die Chancen des Weingesetzes.

Der Gesetzentwurf betr. den Verkehr mit Wein, wie derselbe in der ersten Lesung der Reichstagscommission beschlossen ist, führt, wie erwähnt, neben den Bestimmungen der Regierungs-Vorlage gegen die Weinfabrication auch den Declarationszwang selbst für den Zusatz von Zucker bei der Hauptgärung ein. Indessen sind diese beiden Bestandteile der Beschlüsse von verschiedenen Majoritäten beschlossen, so daß an das Zustandekommen des Gesetzes auf dieser Basis nicht zu denken ist. Ob es in der zweiten Lesung gelingt, eine Verstärkung innerhalb der Commission zu Stande zu bringen, ist zur Zeit noch sehr fraglich. Die Wahrscheinlichkeit ist immer noch, daß das Gesetz vorläufig überhaupt nicht zu Stande kommt.

### Eine Kundgebung des Grafen Taaffe.

Wie aus Wien telegraphiert wird, kam dort im Abgeordnetenhaus am gestrigen Tage die Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland zur weiteren Beratung. Im Laufe der Debatte führte der Handelsminister aus, die Vorlage als eine nur vorläufige Verlängerung des Handelsvertrages biete eigentlich keinen hinreichenden Anlaß zu einer großen handelspolitischen Debatte. Der Minister deutete die Möglichkeit eines Tarifvertrages mit Deutschland an. Verhandlungen seien jedoch noch nicht eingeleitet, da ein Zustandekommen noch nicht gesichert schien; die Regierung werde sich aber bemühen, den richtigen Augenblick zur Aufnahme der Verhandlungen wahrzunehmen. Ministerpräsident Graf Taaffe hob gegenüber Bareuther hervor, der sich auf das deutsch-österreichische Bündnis begegnen und gemeint hatte, die Politik des gegenwärtigen Ministeriums sei demselben hinderlich gewesen, daß, als das Bündnis am 7. Oktober 1879 geschlossen wurde, das Ministerium schon seit dem 12. August im Amt gewesen sei. Er sagte wörtlich:

„Es ist Thatache, daß das gegenwärtige Ministerium am 12. August 1879 berufen worden ist. Der österreichisch-deutsche Vertrag wurde am 7. Oktober 1879 geschlossen, somit zu einem Zeitpunkte, wo das gegenwärtige Ministerium sich bereits in voller Wirksamkeit befand. Das Ministerium und die Politik desselben konnten daher der Entstehung und dem Abschluß eines solchen Vertrages nicht hinderlich sein. Auch dürfte die Politik des gegenwärtigen Ministeriums der Forterhaltung dieses Vertrages nicht hinderlich gewesen sein, denn dieser Vertrag und das freund schaftliche Verhältnis zwischen beiden großen Staaten wurden ja bisher neun Jahre hindurch

In dieser Beziehung ist die Grundstimmung, auf die der Schwank sich stützt, doch nicht ganz verloren. In der Rolle des Kreisrichters Krautemel hatte hr. Junkermann Gelegenheit, seine Kunst als sein komischer Charakterspieler zu sehr erheitender Wirkung zu bringen, und wurde dabei von den Damen Bendel (Friederike), Rosé (Susanne) und Herrn Bach (Sybel) gut unterstellt. Die Herren Galliano (Weiß) und Reutter (Paul) brachten ihre Partien nicht ganz zur Wirkung.

Den Schluss bildete das bekannte Genrebild „Kurmärker und Picarde“. Frau v. Weber war eine sehr anmutige Picarde, die niedlich plauderte und höchst graciös tanzte. Der eingelegte „Schattenfan“ aus „Dinorah“ trug ihr sehr lebhaftes Beifall ein. hr. Junkermann beute die Rolle des Landwehrmannes Schulze nach der derb komischen Seite kräftig aus. Das kleine Glück fand sehr beifällige Aufnahme. —

hr. Junkermann hat sich, nachdem er seinen Reuter-Cyclus beendigt, bestimmten lassen, noch einmal, Sonntag Abend, aufzutreten und zwar als Schuster Arier in der Posse „Lumpaciusgebundus“.

## Stadt-Theater.

hr. Junkermann trat gestern Abend als Reuter-Vorleser und dann in zwei hochdeutschen Rollen auf. Gesehen wurde „Hanne Rüte“'s Abschied vom Pastor, zwei Abschnitte aus dem Roman „Ut mine Stromtid“ (Der Empfang des jungen Nambow'schen Chepaars in Pünzelpagen und die Scene aus dem 3. Theil, als Kaufmann Kurz sein Del- und sein Essigfaß zu halten muß); endlich eine Anzahl Läufchen und Rimels (De Sokratise Method, Grokmutter, hei is dob, Wat will de Airt?, Wat sita de Kaufstall verteilt und De blinde Schusterjung). Nach dem, was uns hr. Junkermann bisher in den außerordentlich lebendigen und wahren Verhörführung der verschiedensten Reuter'schen Charaktere gezeigt hatte, konnte man nur erwarten, daß er sich auch als vorzüglicher Vorleser des plattdeutschen Dichters bewähren würde. Und das bestätigte der gestrige Abend. Zunächst besitzt unser Gäß die volle Beherrschung der Mundart, die er aber zugleich so zum Ausdruck bringt, daß

gepflegt und gekräftigt, und ich hoffe, daß mit Gottes Hilfe dies auch noch auf lange Zeit hinaus der Fall sein wird."

Der lebhafte Beifall, welchen das ganze Haus diesen Ausführungen spendete, bewies, wie sehr namentlich die Schlusssworte der österreichischen Volksvertretung aus dem Herzen gesprochen waren.

**Die Eröffnung des englischen Parlaments** hat gestern in London stattgefunden. Die dabei verlesene Thronrede sagt: Die Königin erhält fortgesetzt von allen Mächten Versicherungen ihrer freundschaftlichen Gefüße und des lebhaften Wunsches, den Weltfrieden aufrecht zu erhalten. Die Königin hofft, daß die Absteckung der afghanischen Grenze dazu beitragen werde, die Möglichkeit eines Machtvertrages zwischen England und Russland bezüglich der Besitzungen in Asien zu befeißen. Die Königin habe, von dem Wunsche beseelt, Blutvergießen zu verhindern, eine Mission an den König von Abessinien gesandt, in der Hoffnung, denselben vom Kriege gegen Italien abzuhalten zu können; sie bedauerte lebhaft, daß ihre Bemühungen erfolglos geblieben seien. Die Thronrede erwähnt noch den Abschluß des Suezkanal-Vertrags, die Verhandlungen mit Frankreich und das mit Frankreich bezüglich der Hebriden getroffene Abkommen, sowie im Herbst v. J. in London abgehaltene, von Delegirten der dabei interessirten Mächte beobachtete Rückenkonferenz, in welcher beträchtliche Fortschritte für den Abschluß einer befriedigenden Vereinbarung über die Judenprämienfrage gemacht worden seien. Die bulgarische Frage und die allgemeine europäische Lage werden in der Thronrede nicht erwähnt.

In Bezug auf innere Angelegenheiten heißt es in der Thronrede, die Handelsausichten hätten sich hoffnungsvoller als seit vielen Jahren gestaltet, aber die Lage der Landwirtschaft habe sich noch nicht gebessert. In dem dem Parlamente vorzulegenden Budget würden Mittel zur Vertheidigung der von dem Reiche errichteten Kohlenstationen gefordert; zum Schutze Auftrallens werde ein besonderes Geschwader gebildet werden. Die Agrarverbrechen in Irland hätten abgenommen, es würden Maßregeln vorgeschlagen werden, um eine Vermehrung der selbständigen Grundeigentümmer unter den Bauern in Irland herbeizuführen.

#### Ein englischer Protest gegen die deutsche Sozialisten-Ausweisung.

Die conservative „Morningpost“ mittelt bereits Gefahr, daß nach Erlaß eines scharfen Sozialistengesetzes in Deutschland die Ausgewiesenen in Scharen die benachbarten gärtlichen Gestade Englands überfluteten werden. Das Blatt schreibt:

„Österreich und Russland werden die Ausgewiesenen nicht aufnehmen und Frankreich ist gegenwärtig gewiß kein Platz für deutsche Auswanderer, selbst wenn ihre sozialistischen Lehren sie einem großen Theil Franzosen empfehlen sollten. Es verbleiben also nur die Vereinigten Staaten und England als Asyl für solche Leute. Das energische Verfahren der großen Republik bei den kürzlichen Unruhen wird auf eine Masseneinwanderung sozialdemokratischer Elemente abschreckend wirken. Die meisten werden also wohl nach England kommen und im Osten Londons, wo in Folge der unbefrchteten Einwanderung ausländischer Paupers der Kampf ums Dasein so furchtbar hart schon ist, einen guten Boden zur Verbreitung ihrer Lehren finden. Sie werden einen nicht zu verachtenden Zuwachs zu den Kräften der Anarchie und der Unzufriedenheit liefern, mit welchen wir jetzt schon zu kämpfen haben, und unsere gesellschaftliche und ökonomische Wohlfahrt bedrohen. Unter allen Staaten der Welt scheint England der einzige zu sein, welcher nach der Qualität und Quantität der Einwanderung nicht zu fragen scheint. Wenn die Maßnahmen des Kanzlers bis zu einem gewissen Grade drastisch sind und dem Gerechtigkeitssinne widerstehen, so ist das etwas, was die Deutschen allein angeht. Wir haben aber ein Recht, dagegen Einspruch zu erheben, daß der Abschluß des deutschen Sozialismus sich bei uns ablängt, welcher nach der Ansicht der deutschen Staatsmänner eine Gefahr für den Staat bildet. Solche Leute sind in England wegen der Freiheit, welche sie hier genießen, doppelt gefährlich. Und da jedes Sozialistengesetz nach dem Herzen des Fürsten Bismarck sicherlich die Wirkung hat, daß große Scharen Unzufriedener und Revolutionäre auf unsere Küste losgelassen werden, so ist es deshalb gut, die öffentliche Aufmerksamkeit bei Seiten auf die drohende Gefahr zu richten.“

Nun, zunächst können sich die Engländer beruhigen, denn mit der Expatriierungmaßregel wird es nichts werden; dieselbe wird jedenfalls wie von der Commission so auch vom Plenum des Reichstages gestrichen.

#### Französisch-türkische Beziehungen.

Obwohl verläßliche Einzelheiten über den Zwischenfall in Damaskus zur Stunde noch fehlen, erwartet man von demselben keine tiefer reichenden Folgen. Sowohl die türkischen Behörden, als die mit der französischen Botschaft in Fühlung stehenden Persönlichkeiten bezeichnen die Angelegenheit als unbedeutend. Präzedenz-Fälle ähnlicher Art sind übrigens aus früherer Zeit vorhanden. Vor etwa zwei Jahren gab die Verhaftung eines Tunsean Anlaß zu einem kleinen türkisch-französischen Konflikt, und auch die englischen Consular-Behörden mußten einmal die rauhe Seite zeigen, als ein Indier in Syrien verhaftet wurde. Sowohl das französische Consulat in Damaskus, als auch die dortigen türkischen Behörden sind damit beschäftigt, über die Angelegenheit einen genauen Bericht abzustatten. Der Streit dreht sich um die Frage, ob der Algerier im Bereich des Consulats verhaftet wurde, oder, wie türkischerseits behauptet wird, ob außerhalb desselben. Bemerkenswerth ist der Umstand, daß Graf Montebello unmittelbar vor der Audienz, welche er beim Sultan hatte, dem Großvizer sagen ließ, daß er im Verlaufe der Audienz den Zwischenfall nicht berühren werde.

Von Seite des Palastes geschieht übrigens, wie der „Pol. Corr.“ geschrieben wird, alles, um Frankreich bei guter Stimmung zu erhalten. So wurde am 30. Januar Graf v. Montebello in feierlichem Zuge abgeholt und nach dem Yildispalaste geführt, alwo der Botschafter dem Sultan das eigenhändige Schreiben des Präsidenten Carnot überreichte. Der Sultan bereitete dem Grafen einen äußerst warmen Empfang und sprach sich in sehr freundlichem Sinne Frankreich gegenüber aus. Am Abende desselben Tages wurde dem Botschafter zu Ehren ein Galabiner veranstaltet, welchem der Sultan, der Großvizer, mehrere Minister und hohe Staatswürdenträger bewohnten. Auch Gräfin Montebello nahm an

dem Mahle Theil. Sowohl während desselben als auch während der Privataudienz, welche unmittelbar darauf stattfand, zeigte sich der Sultan von einer außerordentlichen Liebenswürdigkeit für seine Gäste.

#### Abgeordnetenhaus.

##### 15. Sitzung vom 9. Februar.

Vor der Tagesordnung nimmt das Wort Abg. Rickert: Als ich gestern darauf hinwies, daß der Abg. v. Rauchhaupt, und ich folgte hinzu — wenn ich mich nicht irre, — im Jahre 1885 in Hannover das Verlangen nach einer conservativen Majorität ausgesprochen und erklärt hatte: geben Sie uns die Möglichkeit einer conservativen Majorität, dann sollen die Wähler erst ihr blaues Wunder sehen, erwiederte der Abg. v. Rauchhaupt, daß dies nicht wahr sei. In einer persönlichen Bemerkung erklärte ich dann, daß der Abg. Grimm, der gleichzeitig mit seinem Freund v. Rauchhaupt in Hannover gesprochen, jene Aeußerung gethan habe, die ich natürlich in freier Uebersekung dem Simeon nach wiedergegeben habe, der betr. Redner habe die großen Segnungen hervorgehoben, welche die Conservativen, wenn sie erst die Majorität haben würden, bringen würden. Daraus erklärte gestern sofort der Abg. Grimm, daß auch diese Behauptung eine absolute Unwahrheit sei. Ich lege hier die sten. Berichte der „Auszug.“ über die beiden Reden der Abg. v. Rauchhaupt und Grimm vor. Auf die Rede des Abg. Rauchhaupt komme ich wohl noch im politischen Zusammensehne zurück. Von der Rede des Abg. Grimm lese ich nur den Schlus wörtlich vor. Es lautet:

„Hannover für die conservative Sache gewonnen, das heißt nichts anderes, als daß wir eine conservative Mehrheit geschaffen haben. Geben Sie uns eine conservative Mehrheit! Dann brauchen wir nicht nach rechts, nach links zu sehen, dann werden wir der Welt zeigen, was ein preußisches conservatives Abgeordnetenhaus zu thun im Stande ist.“

Ich überlasse Ihnen, auf Grund dieser Thatsache zu beurtheilen, wer die absolute Unwahrheit gesagt hat (Unruhe rechts; Sehr wahr! links).

Erste Lesung des vom Abg. Kropatscheck u. C. be- antragten G.-C. betr. das Diensteinkommen und die Pension der Lehrer an nichtstaatlichen öffentlichen höheren Lehranstalten.

Abg. Kropatscheck (conf.): Mein gleichlautender vorjähriger Antrag ist vom Herrenhause abgelehnt. Die Wiedereinführung des Entwurfs motiviert sich damit, daß das Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit die in demselben ausgesprochenen Forderungen als berechtigt anerkannt hat und andererseits der Einwurf nicht stichhaltig ist, daß die kommunalen Anstalten in steigendem Maße verstaatlicht würden. Der Notstand bestellt also fort und Abhilfe ist nach wie vor nothwendig. In einer besonderen Resolution beantragen die Antragsteller ferner, die Regierung aufzufordern, noch in dieser Session die Relicthenfrage für die Lehrer an diesen Anstalten durch Vorlage eines Gesetzentwurfs zu regulieren, sowie erforderlichen Subventionen die Erhaltung derjenigen Anstalten zu gewährleisten, für welche nachweisbar die Erfüllung der höheren Anprüche unmöglich ist.

Abg. Brüel (Centr.) erklärt sich gegen den Antrag. Durch denselben werde die freie Bewegung und die Selbständigkeit der Communen in dieser Richtung auf das bedenklichste altert. Nach dem Antrag sollen die Communen lediglich mehr zu zahlen haben; ein Aquivalent an Rechten erwächst ihnen in keiner Weise.

Abg. v. Dörken - Güterhof spricht sich für den Antrag aus.

Abg. Weber-Halberstadt (nat. - lib.) erklärt es für nothwendig, in dem Gesetz präzise auszusprechen, wer die erwachsenden Kosten tragen soll. Legt man den Communen höhere Lasten auf, so müsse man ihnen auch gewisse weitere Befugnisse verleihen, event. z. B. das Schulzul zu erhöhen. In dieser Richtung würde die Commission den Gesetzentwurf einer gründlichen Umarbeitung zu unterziehen haben.

Abg. Lamprecht (cgn.) empfiehlt der Berücksichtigung der Regierung namentlich die von den Antragstellern vorgeschlagene Resolution.

Abg. Langerhans: Die freisinnige Partei ist befreit der zur Discussion gestellten Frage nicht durchweg gleicher Meinung; ein Theil lehnt den Antrag wegen darin enthaltenen schweren Eingriffs in die Selbständigkeit der Gemeinden ab, ein kleinerer, zu dem ich gehöre, sieht diese Gefahr für so groß nicht an, sondern will im Interesse möglichst gleichmäßiger Fürsorge für das Schulzul den Antrag zum Gesetz erheben.

Abg. v. Eynero (n.-l.): Auf keinem anderen Gebiete der Staatsverwaltung herrscht eine solche Verwirrung finanzieller Natur. Von 470 höheren Lehranstalten haben 180 keinen Zuschuß vom Staat, während 130 zusammen eine Million Zuschuß aus Staatsmitteln erhalten. Thatsächlich haben die Communen nur noch das Recht, zu zahlen; von einer Einwirkung auf die inneren Verhältnisse des Schulwesens ist gar keine Rede mehr. Danach wäre auch die vollständige Verstaatlichung der höheren Schulen unerheblich, da irgend welche Rechte nicht geopfert werden, weil sie nicht mehr vorhanden sind. Bei der trostlosen Lage der Dinge mußte der Antrag wiederholt werden. Es darf nicht Lehrer erster und Lehrer zweiter Klasse geben.

Abg. v. Schendendorff (n.-l.): Ich muß mich gegen die Idee einer allgemeinen Verstaatlichung der städtischen höheren Schulen erklären. Die wichtigste Frage ist die der Relicthen; hier hat das Haus eine Ehrenschul von 1882 einzulösen. Ich bitte, die beiglückliche Resolution der schon bestehenden Relicthen-Commission, den Gesetzentwurf einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Das Haus beschließt demgemäß und erledigt darauf mehrere kleinere Vorlagen.

Nächste Sitzung: Freitag.

#### Reichstag.

##### 33. Sitzung vom 9. Februar.

Die Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres hat die Budgetcommission unverändert zu genehmigen beantragt. Auch das Haus nimmt ohne Debatte die Vorlage an. Dagegen stimmen nur die Abg. Bebel, Singer und Johannsen.

Dritte Berathung des G.-C. betr. die Verlängerung der Legislaturperiode.

Abg. Meyer-Jena (n.-l.) führt aus, daß es sich hier um die Aenderung einer Verfassungsbefreiung handelt, welche eine fundamentale sei; trotz der Behauptung des Abg. Hänel müsse er bestreiten, daß irgend welcher Zusammenhang dieser Verfassungsbefreiung mit dem allgemeinen Wahlrecht besteht. Eine Einschränkung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts wollen wir nicht herbeiführen. Daran können auch die Auslassungen des Herrn v. Puttkamer nichts ändern. Herr Hänel meinte, daß man das Stimmrecht einschränken könnte, indem man es an eine längere Aufenthaltsdauer knüpfe. Ein solcher Vorschlag ist aber aus den Reihen der nationalliberalen Partei nicht gemacht worden; wohl aber hat zur Zeit, als hr. Bamberger der nationalliberalen Partei noch angehörte, dieser einen solchen Vorschlag gemacht. hr. Hänel hat den Präzedenzstand dieses Hauses bemängelt. Verbessert kann derselbe nur werden, indem man die Session nach Möglichkeit verkürzt; das geschieht, indem man durch Verlängerung der Legislaturperiode den agitatorischen Stoff beschränkt. Die Behauptung Hänels, daß in England die Parlamente höchstens drei Jahre dauern, ist nicht richtig; denn von den 11 Parlamenten, welche unter der Regierung der Königin Victoria vorhanden waren, haben sechs länger als vier Jahre und fünf sogar länger als fünf Jahre gedauert. (Abg. Hänel: aber nur durchschnittlich!) Der Durchschnitt ist dabei nicht zur Sache. hr. Hänel hat die beobachtliche gegenwärtige Lage erinnert und gemeint, man solle unter diesen Verhältnissen die Rechte des Volkes nicht ändern. Wir sind der Meinung, daß durch diesen Antrag die Rechte des Volkes nicht beeinträchtigt werden, wohl aber wird dadurch das Ansehen der Parlamente gestärkt werden. Die Verantwortung

für diese Maßregel werden wir zu tragen wissen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bamberger (freis.): In Erwaltung guter Gründe hat meine Person das Sprungbrett für die Argumentation der Gegner abgeben müssen, und man hat mich stift wie eine Autorität. Herr v. Kardorff hat sogar meinen Charakter kritisiert und mir Verfassung vorgeworfen. Aber was ist denn meine Autorität wert, wenn ich wirklich als Denker der Typus der Verfassung bin? hr. v. Kardorff hält mich für so veränderlich, daß er auf eine Rede von mir zu Gunsten der Doppelwährung gefaßt ist. Wenn ich eine Rede für die Doppelwährung halten werde, dann wird es Zeit sein, sie einzuführen. Ich halte meine frühere Bemerkung über fünfjährige Wahlperioden vollständig aufrecht, soweit sie in die Zeit paßt, und es ist doch ein großer Unterschied, ob man eine Meinung äußert oder sie so ausgetragen zu Markt bringt, daß man sie auf dem parlamentarischen Boden zu einem Gesetz formulirt. — Der Redner weiß die Verlängerung der drei- bis zur siebenjährigen Wahlperiode des Parlaments, das seine eigenen Vollmachten gleichsam auf 7 Jahre verlängerte in der Besorgniß, daß bei früher eintretenden Wahlen die stark drohende Jacobitenpartei das Heft wieder in ihre Hand bekommen könne. Sechs Mal von 1747—58 wurde die Wiederherstellung der dreijährigen Periode im Herrenhause beantragt. hr. v. Bennigsen zu einem Vergleich der jetzigen politischen Situation mit der vor 10 Jahren aufzufordern, würde indiscret sein, denn ich müßte Dinge aus der Zeit berühren, in der wir zusammen in der selben Partei einen Boden für gemeinsame Action hatten. Dann er behaupten, daß die liberale Sache seitdem nicht zurückgeblieben sei? Aber wenn er sich innerlich seit 1878 nicht verändert hat, so hat sich die Situation mit ihm wesentlich verändert. Es mag weltklug, politisch angezeigt sein, sich nun wieder den veränderten Verhältnissen zu accommodiren, um einiges, was ihm kostbar scheint, zu retten. Aber ich bestreite, daß die Dinge auf dem Fuß geblieben sind, wie damals. Auch wenn wir einen so exceptionellen Mann wie den Fürsten Bismarck berücksichtigen — durch die Thatsache, daß eine Regierung unentwegt steht, was auch in der Vertretung des Volkes vorgehen mag, wird diese Vertretung machlos. Jede andere Regierung hätte nach Niederlagen, wie die Reichsregierung sie in der Frage des Tabakmonopols, des Preßgesetzes, der Redefreiheit erlitten hat, in anderen Ländern verschwinden müssen. Die unselige kann machen, was sie will, und noch obendrein den Reichstag auflösen, wenn sie einen ihr günstigen herauszuholen findet. In dem harten Kampf für den kleinen Rest liberaler Reminiszenzen können wir auf die häufigere Ausübung des Wahlrechtes nicht verzichten. Durch Ihr politisches Verhalten geben Sie die Macht aus den Händen; Ihre Garantie kann deshalb für uns keine Wichtigkeit haben. Mit dem Cartell haben Sie die conservative Partei stark gemacht und in der Meinung des Volkes den Unterschied zwischen liberal und conservativ verwischt. Wir haben diesmal den Antrag auf Diäten mit diesem Antrage in Verbindung bringen wollen, weil er dann vielleicht Ausicht auf Annahme seitens der Regierungen gehabt hätte. Bringt mir den Diätentantrag allein, so werden die Regierungen ihn kühlig ablehnen. Indem Sie mit Ihrem findigen Einwendungen wegen der Geschäftsordnung, die mindestens zweifelhaft — nach meiner Meinung vollkommen unberichtigt — sind, dem Antrage auf Diätentwürfung den Genickfang gegeben haben, haben Sie die einzige Gelegenheit absichtlich totgebrochen, wo man in der Sache vornwärts kommen konnte. Das charakterisiert die Situation und das Verhalten der nationalliberalen Partei. Bei Herrn v. Bennigsen verbündet sich die Legende von den verpuschten Eisenindustriellen, die zur Schutzjägernei gebrängt haben, zur historischen Wahrheit. Ich bin kein Palatin des Freihandels gewesen, sondern habe nur eine untergeordnete Rolle dabei gespielt. Freihändler waren nicht nur auf der Rechten, die ganze nationalliberale Partei waren die Cohorten des Freihandels. Sie haben jetzt die Türe der Bewegung genommen, die Sie 1885 noch nicht nehmen wollten. Da Sie das in dem heutigen Augenblick übernommen haben, wo eine auf die Conservativen sich stützende Regierung so sehr den Liberalismus bedrängt, so bleibe ich dabei, die ganze Maßregel ist in diesem Sinne ein Odium für Sie, es beweist den Nebengang der ganzen nationalliberalen Partei. (Beifall links.)

Abg. Stöcker (conf.): Wenn hr. Bamberger die Verlängerung der Wahlperioden in England damit entstöhnt, daß dort die von den Jacobiten drohende Gefahr abgewendet werden sollte, so sollte er doch auch bedenken, daß wir es zwar nicht mit Jacobinern, wohl aber mit Jacobinern zu thun haben. Was hr. Bamberger Reaction nennt, ist nur das Gedenken nach den richtigen Grundlagen der Volkswohlfahrt, und wenn der Beratung über die Verlängerung der Legislaturperiode ausgeschlossen, bemerkt der parlamentarische Berichterstatter der „Kölner Zeitung“: „Damit ist ein weiterer Präcedenzfall für eine gute Geschäftsbehandlung geschaffen, ohne daß dabei die der Minorität schuldige Rücksichtnahme außer Auge gelassen wird.“ Die Rücksichtnahme besteht darin, daß die Majorität rücksichtlos von ihrem numerischen Übergewicht Gebrauch macht. Die Abweisung eines Antrags aus Gründen der Geschäftsordnung ist bekanntlich die denkbare schärfste Zurückweisung.

\* [Antrag Hansen.] Der Abg. Hansen hat unterstützt von den Conservativen und Nationalliberalen, im Abgeordnetenhaus folgenden Antrag eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst spätestens in der nächsten Session, dem Landtage der Monarchie als geschäftsordnungsmäßig ungültig von der Beratung über die Verlängerung der Legislaturperiode ausgeschlossen, bemerkt der parlamentarische Berichterstatter der „Kölner Zeitung“. Damit ist ein weiterer Präcedenzfall für eine gute Geschäftsbehandlung geschaffen, ohne daß dabei die der Minorität schuldige Rücksichtnahme außer Auge gelassen wird.“ Die Rücksichtnahme besteht darin, daß die Majorität rücksichtlos von ihrem numerischen Übergewicht Gebrauch macht. Die Abweisung eines Antrags aus Gründen der Geschäftsordnung ist bekanntlich die denkbare schärfste Zurückweisung.

\* [Antrag Hansen.] Der Abg. Hansen hat unterstützt von den Conservativen und Nationalliberalen, im Abgeordnetenhaus folgenden Antrag eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst spätestens in der nächsten Session, dem Landtage der Monarchie als geschäftsordnungsmäßig ungültig von der Beratung über die Verlängerung der Legislaturperiode ausgeschlossen, bemerkt der parlamentarische Berichterstatter der „Kölner Zeitung“. Damit ist ein weiterer Präcedenzfall für eine gute Geschäftsbehandlung geschaffen, ohne daß dabei die der Minorität schuldige Rücksichtnahme außer Auge gelassen wird.“ Die Rücksichtnahme besteht darin, daß die Majorität rücksichtlos von ihrem numerischen Übergewicht Gebrauch macht. Die Abweisung eines Antrags aus Gründen der Geschäftsordnung ist bekanntlich die denkbare schärfste Zurückweisung.

\* [Türkische Offiziere in Deutschland.] Die türkische Regierung hat, der „P. C.“ zufolge, beschlossen, neuerdings sieben Offiziere nach Deutschland zu entsenden, welche bei der Uebernahme und Prüfung der für die Türkei erzeugten Mausergewehre zu intervenieren haben werden.

\* [Zur Getreidepölzerhöhung] wird der „Fres. Ztg.“ aus der Rheinprovinz als Curiosum mitgetheilt, daß unmittelbar nach der Kornmölzerhöhung dierheinischen Proviantämter der Militärverwaltung die Anweisung von Berlin erhielten, den bisher für Roggen gezahlten Preis von 13,80 Mk. auf 13 Mk. zu ermäßigen. Diese Anweisung fällt um so mehr ins Gewicht, als gerade in dieser für den Getreidehandel stillen Zeit die Anhäufung der Proviantämter eine besondere Bedeutung für den Geschäftsvorkehr haben. Die Wirkung der Erhöhung der Kornzölle werde sich trotzdem demnächst voll und ganz geltend machen. Zunächst sei sie beim Hafer hervorgetreten, zur lebhaften Lage von Tausenden von kleinen Fuhrleuten, deren ganzen Geschäft in den Industriebezirken in einem Karren und ein bis zwei Pferden besteht, und denen die Erhöhung des Haferzolls die Pferdehaltung um jährlich 125 Mk. verheueri.

\* [Katholische Universität.] Wie aus Fulda der „Germ.“ gemeldet wird, wird der Fuldaer Abgeordnete im Landtage, hr. Götzmann, auf Anregung der Centrumspartei im Abgeordnetenhaus den Antrag einbringen, von den in den Jahren des Kulturkampfes zurückgehaltenen sog. Sperrgeldern einen Theil zur Errichtung einer katholischen Universität in Fulda zu verwenden.

\* [Eine ander

sehen erregt. Unter Wiederholung größtentheils längst bekannter pädagogischer Verordnungen und Gesetze heißt es auf § 9 der „Instruction“: „Der Lehrer hat sich auf die Stunden sorgfältig zu präpariren, namentlich beim Religionsunterricht sich schriftlich bis in die einzelnen Fragen hinein vorzubereiten und dem Kreisschulinspector auf Erfordern nachzuweisen, daß er sich präparirt hat durch Vorzeigen des Ausgearbeiteten.“ Die „Schul-Holst. Schulzg.“ bemerkt hierzu: „Wir halten einzuweilen an der Hoffnung fest, daß diese „Vorschrift“ des geistlichen Kreisschulinspectors sich nicht deckt mit einer bezüglichen Verfügung der kgl. Regierung, und warten ab, ob der Herr Kreisschulinspector in Nortorf den Gegenbeweis führen wird.“ Eines Commentars bedarf diese „Instruction“ nicht.

Aöln, 9. Februar. Die Schiffahrt auf dem Rhein ist eröffnet worden. Die Schiffbrücke über den Rhein ist wieder aufgefahren worden.

Chemnitz, 9. Februar. In Folge von in der vergangenen Nacht stattgehabten Schneeverwehungen ist der Verkehr auf den Bahnlinien Zöblitz-Reichenhain, Olbernhau-Podkau, Schwarzenberg-Johannegegenstadt, Wilschitzthal-Ehrenfriedersdorf-Thum, Annaberg-Weipert, Weipert-Komotau und Bienenmühle-Moldau eingestellt. Auf der Linie Chemnitz-Lue konnten die Jüge wegen der Glätte nicht vorwärts kommen.

München, 9. Februar. Der Bezirks-Assestor Borscht (clerical) ist mit 52 von 55 Stimmen zum zweiten Bürgermeister gewählt worden.

Nürnberg, 5. Februar. In einer vom Vorstand des bairischen Zweckvereins vom Verbande deutscher Müller für heute hierher einberufenen Ausschusssitzung wurde nach eingehender Beratung fast einstimmig beschlossen: eine Vorstellung an das bairische Staatsministerium mit der Bitte zu richten: „jeder Art und jeder Form der Aufhebung des Identitätsnachweises bei Ausfuhr von Getreide die Zustimmung der königlich bairischen Regierung versagen zu wollen.“

#### Österreich-Ungarn.

Wien, 9. Februar. Bei der heutigen Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Uhl mit 90 von 116 Stimmen wiedergewählt. — Die Stadthalterei hat die Burschenschaft „Teutonia“ aufgelöst.

(W. T.)

#### Schweiz.

Bern, 9. Februar. Der Bundesrat hat der Regierung in Zürich seine entchiedene Missbilligung der von dem Polizeihauptmann Füssler durch die bekannten Mittheilungen an die deutschen Reichstagsabgeordneten Bebel und Ginger begangenen Indiscrétion und der von ihm versuchten Rechtfertigungen ausgesprochen. Der Bundesrat beansprucht das Recht der Aufsicht und der Überleitung über Untersuchungen, die im Interesse der politischen Polizei geführt werden; er erwartet, daß sich ähnliche Vorgänge nie und nirgends mehr wiederholen werden, und stellt Maßnahmen in Aussicht, die ihm für die Zukunft einen bestimmenden Einfluß hinsichtlich derartiger Untersuchungen sichern.

(W. T.)

#### Frankreich.

\* [Die Anklage gegen Wilson] lautet auf Anstellung zu Betrug und Bestechung, auf Theilnahme bei Betrug und auf Hehlerei.

#### England.

London, 9. Februar. Der Rücktritt Lord Dufferrins von seinem Posten als Vicekönig von Indien und die Erhebung desselben durch den Marquis Lansdowne, den jetzigen Generalgouverneur von Canada, sowie die Ernennung des Lord Stanleys von Preston zum Generalgouverneur von Canada wird nunmehr amtlich bestätigt. — Dem „Standard“ zufolge wird Baron Worms zum Präsidenten des Handelsamts mit Sitz im Cabinet ernannt werden.

#### Schweden.

Stockholm, 9. Februar. Die zweite Kammer nahm ebenso wie die erste einen Zoll von 2½ Kronen auf Weizen, Gerste, Mais und Bohnen an.

#### Spanien.

Madrid, 8. Februar. [Deputirtenkammer.] Romero Robledo gibt die Zahl der bei dem Conflict mit dem Militär in Rio Tinto getöteten Personen auf 45 an und fügt hinzu, er werde über diese Angelegenheit die Debatte eröffnen, sobald vollständige Mittheilungen eingegangen sein würden.

#### Rußland.

Petersburg, 9. Februar. Der „Politischen Correspondenz“ wird von hier gemeldet, die im Finanzamt tagende Zollcommission bereite eine Erhöhung des Einfuhrzolles auf Blei, Zink und Kupfer aus den westlichen Staaten vor.

(W. T.)

#### Bon der Marine.

\* Die Kreuzer-corrvette „Luzifer“ (Commandant Corvettenkapitän Claussen v. Finch) ist mit den abgelösten Besatzungen des Kreuzers „Habicht“ und des Kanonenboots „Cyclop“ am 8. Februar in Plymouth eingetroffen und beabsichtigt am 11. d. M. die Heimreise fortzusetzen.

Am 11. Februar: Danzig, 10. Februar: M-A. 7.20, G-A. 7.31.U.4.59; Danzig, 10. Februar: M-A. 7.20, G-A. 7.31.U.4.59.

Wetteraussichten für Sonnabend, 11. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Veränderliche Bewölkung, zum Theil trübe, ohne erhebliche Niederschläge, bei frischen bis starken und stürmischen südwestlichen bis nordwestlichen Winden; mit wenig veränderter der abnehmender Temperatur.

\* [Von der Weichsel.] Nachdem die Mündung vollständig freigelegt ist, werden auch die in der ausgebrochenen Rinne gesammelten Eisschollen durch die Strömung gelöst und nach und nach in die See abgeschwemmt. Wasserstand etwas steigend, heute bei Plehnendorf 3.66 resp. 3.62 Meter.

\* [Wagnerfeier.] Die Direction des Stadttheaters hat ihre Dispositionen für die Gedächtnisfeier des Todestages Richard Wagners geändert. Es soll nur ein Akt aus dem „Siegenden Holländer“ und neben demselben Theile aus mehreren anderen Wagnerischen Opern zur Aufführung kommen.

\* [Schiffsprüfungs-Gästetisch.] Auf einen vom Reichskancler ausgesprochenen Wunsch, eine chronologisch geordnete Zusammenstellung über Zahl und Dauer der in den letzten drei Jahren abgehaltenen Schiffers- und Steuermannsprüfungen vorgelegt zu erhalten, hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe an die Vorstehenden der Prüfungskommission für Schiffe auf kleine Fahrt die Aufforderung gerichtet, eine solche nach einem gemeinsamen Formulare bearbeitete Zusammenstellung in Anziehung der Schiffsprüfungen für kleine Fahrt einzureichen.

\* [Die öffentlichen Prüfungen] in den städtischen Volks- und Mittelschulen finden in diesem Jahre wie folgt statt: am 25. Februar in der Bezirksschule in Schäßburg, am 27. in der Mädchenschule am Faulgraben, am 28. in der Knabenschule an der großen Mühle, am

29. in der Mädchenschule am Rähm, am 2. März in der Mädchenschule auf dem Johannis-Archiv, am 3. in der Mädchenschule auf niedere Seigen, am 5. in der Bezirksschule der Außenwerke, am 9. in der Knabenschule auf dem Hakenhof, am 10. in der Mädchenschule auf Langgarten, am 14. in der Knabenschule auf dem Petri-Archiv, am 19. in der Außen- schule auf Niederstadt, am 20. in der Schule zu Delkenick, am 21. in den beiden Schulen in Altschlossland, am 23. in der Schule im Spindhaus, am 24. in der Bezirksschule in Neufahrwasser, am 26. in der Bezirksschule in St. Albrecht, am 27. in der Mittelschule auf der Reditzstadt und am 28. in der Mittelschule zu St. Katharinen.

\* [Invalidenstiftung.] Gestern stand die diesjährige Sitzung der Comité-Mitglieder des Danziger Lokal-Vereins der Victoria-National-Invaliden-Stiftung im rothen Saale des Rathauses statt. Von dem Schatzmeister des Vereins Herrn Stadt-Rath Stobbe wurde zunächst der Kosten- und Rechnungsabschluß für das Jahr 3. August 1886/87 vorgelegt und erläutert. Erinnerungen gegen den letzteren wurden nicht erhoben und deshalb die Decharge erteilt. Die Versammlung wählte sodann für die Dauer des Jahres 1888 zum Stellvertreter des Vorstehenden Herrn Stadt-Rath Stobbe, zu Beisitzer die Herren Stadt-Rath Hendewerk, sowie die Stadtverordneten W. Kauffmann und Dr. Wallenberg und zum Schatzmeister Herrn Stadt-Rath Hendewerk. Das Comité besteht gegenwärtig aus 25 Mitgliedern.

\* [Turnerisches.] Die Turnvereine des unteren Weichselaus (Danzig, Elbing, Marienburg, Dirschau, Pr. Stargard u. s. m.) werden am nächsten Sonntag in Elbing eine Gau-Vorturner-Uebung abhalten.

\* [Belohnung.] Wie wir s. J. mittheilten, wurde dem Beförder Rudolf Lemke aus Gr. Waldorf in der Nacht vom 17. zum 18. Dezember v. J. vom Matrosen Gustav Schönhoff aus Bürgerwiesen ein Pferd gestohlen. Bei der Flucht mit dem gestohlenen Thier fiel dem in der Milchkanngasse stationirten Wachtmeister Reinhardt das Verhalten des Diebes auf und es wurde leichterer festgenommen. Das Pferd gelangte somit wieder in den Besitz des Eigenthümers. Obgleich Herr Lemke seit längerer Zeit nicht mehr dem auf dem Lande befindlichen „Verein gegen den Viehdiebstahl“ angehört, so fühlte sich leichterer doch veranlaßt, durch die Direction der hiesigen Feuerwehr dem Ermittler des Diebes eine Belohnung von 65 Mk. zukommen zu lassen.

\* [Unfälle.] Der Lehrling Johann A. von hier wurde heute Morgens beim Puhren eines Pferdes von denselben gegen die Wand gedrückt und erlitt hierbei einen Bruch des linken Vorderarms.

Das Dienstnächste Auguste M. aus Marschau verunglückte heute beim Getreidebeschädigung dadurch, daß es mit der rechten Hand in die Drehschraube geriet, welche eine Bremserung zweier Finger der rechten Hand erfolgte. Beide Verletzte sandten Aufnahme im Stadt-Syndikat in der Sandgrube.

\* [Feuer.] Heute früh 7 Uhr waren in der Nähe des Hauses Lüschwagasse Nr. 45 eine Menge Holzhäne in Brand gerathen, wobei die in der Nähe befindlichen Regale und sonstigen Holztheile erschützt wurden. Die Feuerwehr besetzte die brennenden Holztheile und löschte den Brand.

[Polizei-Bericht vom 10. Februar.] Verhaftet 10 Döbbelose, 2 Bettler, 2 Dirnen. — Geflohen: 1 Paar langästige Stiefel, 1 Paar Ankerstiefel, 1 Lederpantoffel, 1 Kinderpantoffel, 1 Gummi-schuh, 3 Pr. Schafe, 1 leinene weiße Decke, 1 leinene Tischdecke gr. P. K. 3, eine leinene blaue Schürze, 1 goldenes Medaillon. — Verloren: 1 blauer Sammet-Pompadour mit Inhalt, 1 goldene Panzerkette nebst Medaillon; abgezogen auf der Polizei-Direction. — Gefunden: 1 Maulkorb, 1 Bunt-Glühstück, 1 Abonnementskarte des Danziger Int.-Blatt, 2 Schlüssel; abzuholen von der Polizei-Direction.

\* Der Gerichtsassessor Riehle in Elbing ist zum Staatsanwalt bei dem Landgericht in Osnabrück ernannt, der Regierungsrath Förster, Mitglied des Eisenbahn-Direction Ebersfeld, in gleicher Eigenschaft an die Direction Bromberg versetzt. Regierungsbaurmeister Leipziger von der Eisenbahn-Direction Berlin an die Direction Bromberg, Ober-Regierungsrath Orlovius, Direktor der 1. Abtheilung der Direction Bromberg, an die Eisenbahn-Direction Erfurt, Regierungs- und Bau-Rath Bauer, Mitglied der Eisenbahn-Direction Bromberg, als Director des Betriebsamts nach Oppeln, Güter-Expedient Birkholz von Thorn nach Danzig versetzt.

s. Elbing, 9. Februar. In der letzten Zeit ist in den Fachkreisen der Spiritusbrenner vielfach von der Erfindung eines Pulvers die Rede gewesen, das die Eigenschaft besitzen sollte, dem Rohspiritus, wie er bei seiner Herstellung gewonnen wird, den Füllgehalt zu benennen. Diese bereits patentirte Erfindung war um so wertvoller, als in das neue Spiritusgeschäft eine Clauzel aufgenommen ist, daß vom 1. Oktober k. J. ab nur solcher Spiritus von der Brennerei in den freien Verkehr gelehrt werden darf, der möglichst füllfrei ist und dessen Gehalt an Füllöl vom Bundesrat noch näher bestimmt werden wird. Um eine Probe mit dem patentirten Pulver zu machen, stellte hr. Alphonse den Patentinhaber hn. Grothe-Nordhausen seine Brennerei zur Verfügung, und wurde hier nun mit Bewilligung der Steuerbehörde und unter Aufsicht des Chemikers der „Vereinigten Spiritusbrenner“, hn. Dr. Heinemann-Insterburg, Spiritus hergestellt, dem in der Blase das qu. Pulver beigegeben war. Nach Ablauf des gewonnenen Spiritus stellte sich heraus, daß der Gehalt an Füllöl in dem Spiritus etwas geringer geworden, indeß doch nicht gering genug, um den Anforderungen des Gesetzes für die Zukunft genügen zu können. Es sollten nur weitere Versuche unternommen werden, und so traf der Patentinhaber mit dem Chemiker hierorts ein, um in der Spiritfabrik der Herren G. Elkuß Schöne eine neue Probe anzustellen. Letztere hat aber zum Resultat gehabt, daß das Pulver nicht die erforderliche Wirkung auf den Füllgehalt des in den Apparat zum Ablauf gebrachten Spiritus ausüben vermochte, sodoch diese Entdeckung vorläufig die besorgten Brenner nicht von ihren Leiden zu befreien vermag.

\* In Folge Ablebens des hn. v. Glasenapp-Dallenthin war die Präsentation eines Vertreters des alten und bestegten Grundbesitzes im Herzogthum Sachsen für das Herrenhaus erforderlich geworden. In dem zu diesem Zweck abgeholten Wahlertreter wurde der Rittergutsbesitzer v. Bonin auf Wulfsack im Neustettiner Kreise zur Verurteilung in das Herrenhaus in Vorschlag gebracht.

Nürnberg, 7. Februar. Die bekannten Bierpanisch-Prozesse, die vor etwa Jahresfrist am hiesigen Gerichte stattfanden, werden als Anschein nach ein Seitenstich erhalten in einer Reihe von Hopfenfälschungsprozessen. Der erste davon hat sich bereits vor dem jüngst beendeten Schwurgericht abgewickelt und mit einer Verurteilung geendet; eine Anzahl weiterer Untersuchungen ist im Gange. Der Vorgang ist in der Hauptfache stets der, daß minderwertiger Hopfen aufgekauft und dann nach Abensberg, Spalt oder sonst einem berühmten Hopfensort verbracht wird, um dort für denselben das Gladisiegel dieses Orts zu erschleichen; unter dieser falschen Flagge wird hierauf der Hopfen in den Handel gebracht.

(Fortsetzung in der Beilage.)

#### Literarisches.

\* Das Wesen und die Behandlung von brisanten Sprengstoffen. Amtlich durchgesehen 1888. Berlin: Verlag von Ernst und Horn. Ein recht nützliches Büchlein, für Techniker wie für Laien gleich empfehlenswerth. Der Reihe nach, in verständiger, gesinnungsfähiger Weise, werden die einzelnen, in Dienst neuzeitlicher Betriebshälfte gestellten Sprengstoffe abgehendelt: Das Piktakpulver. Die Sprengöl- oder Nitrocellulosepräparate, wohin alle die unterschiedlichen Dynamite gehören. Dann die Ersatzmittel für Sprengöl. Ferner die Nitrocellulose, deren bekannteste die Schiebaumwolle ist. Endlich die Analopräparate. Bei jedem dieser zahlreichen Stoffe findet sich regelmäßig angegeben: Befandtheile, Eigenschaften, Kennzeichen, Herstellung, Anwendung, Lagerung und Versand, sowie Vernichtung. Auch gesetzliche Bestimmungen, polizeiliche Vorschriften, Betriebs- oder Distributionsordnungen der Eisenbahnen sind zum Behufe der Sicherheit mitgetheilt.

#### Vermischte Nachrichten.

Altona, 7. Februar. [Drei Bauernfänger.] Vor dem hiesigen Landgericht standen diese Tage drei in allen größeren Städten Deutschlands unter dem Namen „Radauerl“, „Der Junge“ und die „Karpfenfauze“ bekannte Bauernfänger, angeklagt, drei Bauern im Kämmelblattspiel 150 Mk. abgenommen zu haben. Gegen die Genannten, den Schlägeregenen Karl Hilgendorf, den Koppelschneid Karl Schröder und den gewerblösen Gustav Adler, schweben noch in einer Reihe anderer Städte Untersuchungen wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels, u. a. in Frankfurt a. M. und Osnabrück. Da die Angeklagten angaben, einander nur unter ihren Spitznamen zu kennen, so redete der Präsident sie mit Hilgendorf, genannt „Radauerl“, Adler, genannt „Karpfenfauze“ u. s. w. an. Alle drei Bauernfänger wurden zu je einem Jahre Gefängnis verurtheilt, ferner die Gelehrte des „Radauerl“, die unverheirathete Luise Barthelmy aus Berlin als „Schlepperin“ bekannt unter dem Namen „Berliner Lieschen“, wegen hehlerer zu zwei Monaten Gefängniß.

\* Aus München, 7. d., schreibt man der „Fr. Ztg.“: Die Trägerin eines berühmten Künstlernamens weilt gegenwärtig hier — Friederike Götzmann, jetzige Frau Gräfin Prokesch von Ostrov. Sie hat den hier lebenden Verfasser der „Nora“ aufgezögert, da sie demnächst zu wohlthätigem Zwecke am Theater in Wien die Titelrolle in diesem Werke Henrik Ibsens spielen wird. Der Dichter, dem sie die Rolle vorgesprochen hat, ihr seinen unabdingten Beifall ausgebrüüht. Das Wiedererscheinen der Dichterin, und dazu in einer so bedeutenden Aufgabe, ist ein Ereigniß, dem alle Freunde deutscher Schauspielkunst mit lebhafter Beiliegnahme entgegenstehen dürfen.

Nürnberg, 7. Februar. Die bekannten Bierpanisch-Prozesse, die vor etwa Jahresfrist am hiesigen Gerichte stattfanden, werden als Anschein nach ein Seitenstich erhalten in einer Reihe von Hopfenfälschungsprozessen. Der erste davon hat sich bereits vor dem jüngst beendeten Schwurgericht abgewickelt und mit einer Verurteilung geendet; eine Anzahl weiterer Untersuchungen ist im Gange. Der Vorgang ist in der Hauptfache stets der, daß minderwertiger Hopfen aufgekauft und dann nach Abensberg, Spalt oder sonst einem berühmten Hopfensort verbracht wird, um dort für denselben das Gladisiegel dieses Orts zu erschleichen; unter dieser falschen Flagge wird hierauf der Hopfen in den Handel gebracht.

(Fortsetzung in der Beilage.)

#### Telegramme der Danziger Zeitung.

San Remo, 10. Februar. (W. T.) Der Kronprinz hat die Nacht gut geschlafen und ist ohne Beschwerden. Das Allgemeinbefinden ist befriedigend.

Berlin, 10. Februar. (Private Telegramm.) Die Commission für das Sozialistengesetz nahm die Verlängerung des bestehenden Gesetzes für zwei Jahre an. Gegen die Verlängerung stimmten die beiden Freisinnigen Dr. Meyer und Träger, sowie Bebel. Die Centrumsmitglieder Windthorst und Spahn enthielten sich der Abstimmung.

#### Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 10. Februar. Weizen loco flau, per Tonne von 1000 Kr. seiglassig u. weiß 126—135 Mk. 130—162 M. Br. hochbunt 126—135 Mk. 130—162 M. Br. 95—158 bunt 129—135 Mk. 128—157 M. Br. 95—158 rot 125—135 Mk. 124—154 M. Br. 95—158 ödmär 126—135 Mk. 128—146 M. Br. Regulierungspreis 126 Mk. bunt lieferbar transl. 123 M. inländ. 152 M.

Auf Lieferung 126 Mk. bunt per Februar, transit 124 M. Br., 123 M. Br., per April-Mai inländ. 158 M. Br., 157 M. Br., do. transit 127 M. Br., 128 M. Br., per Mai-Juni 128½ M. Br., 129½ M. Br., 130 M. Br., 131 M. Br., 132 M. Br., 133 M. Br. Regen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr. grobkörnig per 120 Mk. inländisch 97—98 M. transit 75 M. Regulierungspreis 120 Mk. lieferbar inländischer 97 M. unterpoln. 74 M. transit 73 M.

Auf Lieferung per April-Mai inländ. 105 M. Br., 104½ M. Br., unterpoln. 74½ M. Br., 75½ M. Br., 76 M. Br., 77 M. Br., 78 M. Br., 79 M. Br., 80 M. Br., 81 M. Br., 82 M. Br., 83 M. Br., 84 M. Br., 85 M. Br., 86 M. Br., 87 M. Br., 88 M. Br., 89 M. Br., 90 M. Br., 91 M. Br., 92 M. Br., 93 M. Br., 94 M. Br., 95 M. Br., 96 M. Br., 97 M. Br., 98 M. Br., 99 M. Br., 100 M. Br., 101 M. Br., 102 M. Br., 103 M. Br., 104

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107.75
do. do.	3½	100.75
Konsolidirte Anleihe ..	4	100.75
do. do.	3½	101.25
Staats-Schuldscheine ..	4	100.30
Ostpreuß. Bro.-Öblig.	4	104.00
Westpr. Bro.-Öblig.	4	102.50
Landisch. Centr.-Öblig.	3½	102.60
Ostpreuß. Pfandbriefe ..	3½	99.00
Pomm. Rentenbriefe ..	3½	98.70
Posen. neue Öblig.	4	104.40
Posen. neue Pfandbr.	3½	104.30
Posen. neue Rente ..	4	102.60
Westpreuß. Pfandbriefe ..	3½	98.50
Pomm. Rentenbriefe ..	3½	98.70
Posen. neue Rente ..	4	104.40
Posen. neue Pfandbr.	3½	104.30

Russ. 3. Orient-Anleihe

do. Stieg. 5. Anleihe	5	52.10
do. do.	5	54.10
Ruß. Dm. Anleihe	5	84.10
do. do.	5	83.30
Połn. Schaf.-Öbl.	4	48.25
Połn. Liquidat.-Öbl.	4	53.50
do. do.	5	92.90
Italienische Rente ..	5	103.60
Rumänische Anleihe ..	5	99.75
do. fundierte Anl.	5	91.80
do. amort. do.	5	13.80
Türk. Anleihe von 1866	5	81.80
Serbische Gold.-Öbl.	5	77.25
do. Rente ..	5	78.75

Hypothechen-Pfandbriefe.

Dan. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
do. do.	4	101.70
Dtsch. Grundsch.-Öbl.	4	102.50
Hamb. Hyp.-Pfandbr.	4	102.00
Weininger Hyp.-Pfandbr.	4	101.80
Nord. Grub.-Öbl.	4	114.75
Pomm. Hyp.-Pfandbr.	4	2 u. 4 Em.
do. do.	4	110.00
Pr. Bob.-Treb.-Act.-Bh.	4	100.60
Pr. Central-Bob.-Treb.	4	115.10
do. do.	4	116.00
Aachen-Maastricht	4	49.50
Berl.-Dresden	4	49.50
Maim-Ludwigsbachen	4	102.10
Marienbs.-Markt-A.	4	51.25
do. do.	4	102.50
Pr. Hypoth.-D.-A.-G.-C.	4	103.10
do. do.	4	102.25
do. do.	4	97.50
Gottiner Nat.-Hypoth.	4	103.50
do. do.	4	106.00
do. do.	4	102.30
Poln. Landeschein.	5	53.50
Russ. Bod.-Cred.-Öbl.	5	88.75
Russ. Central-do.	5	70.40

Lotterie-Anleihen.

Bab. Bräm.-Anl. 1867	4	138.00
Baier. Brämien-Anleihe	4	138.60
Fürspr. Rub.-Bahn	5	71.75
Fürth-Limburg	5	15.50
Goth. Bräm.-Öbl.	3½	104.90
Defferr. Franz. G.	—	3½
Hamburg. 50fr. Loos.	3	139.25
Albn.-Münz. Pr.-G.	3½	132.40
Cölbecher Präm.-Anleihe	3½	127.20
Wetter. Loos. 1854	4	108.90
do. Treb.-L. v. 1858	5	291.90
do. Loos. von 1860	5	109.90
do. do.	5	27.10
Olbenburger Loos.	3	132.10
Pr. Bräm.-Anleihe 1855	3½	148.25
Raab.-Gra. 100 L.-Loos.	5	97.00
Ruh. Prüm.-Akt. 1864	5	143.00
do. do. von 1866	5	132.75
ung. Loos. ....	—	297.50

Bank- und Industrie-Actionen.

Bank. Commerci.-Bank	—	61/3
Berliner Hassen.-Verein	120.50	4½
Berliner Handelsgel...	150.50	2½
Berl. Prod. u. Hand.-A.	91.50	4½
Bremer Bank	95.50	2½
Bresl. Diskontobank	88.20	5
Daniger Privatbank	137.00	10
Darmstädter Bank	139.40	7
Deutsche Genossen.-B.	120.50	6½
Effekten u. M.	102.50	5
Hypothe.-Bank	133.00	10
Großher. Gründner. -B.	56.10	—
Hamb. Commerci.-Bank	—	61/3
Hannöversche Bank	—	5
Hönigsb. Vereins-Bank	106.25	6
Lübecker Comm.-Bank	3 Mon.	3
Masdeba. Privat-Bank	113.60	4½
Meininger Hypoth.-B.	96.25	4½
Norddeutsche Bank	150.50	7
Defferr. Credit.-Aktiati	138.00	12
Pomm. Hyp. Act.-Bank	54.10	2
Preuß. Boden-Credit.	109.70	5
Provin. Bank	135.00	4
Schaffaus. Bankverein	92.00	8½
Schlesischer Bankverein	108.25	5½
Süd. Bod. Credit.-B.	139.10	6
Wartshau.-Wien	133.60	15

Weltmarktseiten.

Amsterdam	8 Ig.	2½	168.50
do.	2 Mon.	2½	168.30
London	8 Ig.	3	20.30
do.	3 Mon.	3	20.30
Paris	8 Ig.	3	80.65
Brüssel	8 Ig.	3	80.60
Wien	8 Ig.	3	160.40
do.	2 Mon.	4	159.75
Petersburg	3 Mon.	4	172.90
do.	3 Mon.	5	171.50
Wartshau	8 Ig.	5	173.35

Sorten.

Dukaten	118.75	9
Gouverneurs	20.31	—
20-Francs-St.	16.14	—
Imperials per 500 Gr.	139.25	—
Dollar	20.36	—
Englische Banknoten	80.65	—
Frankfurter Banknoten	180.65	—
Österreicherische Banknoten	180.65	—
Silbergulden	173.80	—
Russische Banknoten	173.80	—

Durch die Geburt eines Sohnes wurden erfreut

Paul Dan und Frau Emma geb. Schulte. (7182)

Danzig, den 9. Februar 1888

Durch die Geburt einer Tochter wurden hoch erfreut

Zoppot, den 10. Februar 1888

Joh. Heinrich u. Frau

Heimke geb. Paradies.

Gestern wurde uns eine Tochter geboren.

(7183)

Schwarzwald bei Skurci, den

9. Februar 1888

Hans Hermann und Frau.

Die Beerdigung des verstorbenen Herrn A. Tomaszewski findet am Sonnabend, d. 11. Febr., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle auf dem neuen St. Johannis-Kirchhof aus, dafelbst statt.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 1 bei der Genossenschaft „Dorfschiff.-Verein zu Danzig“ eingetragene Genossenschaft folgender Vermerk eingetragen:

Durch Beschluss der Generalversammlung vom 14. Dezember 1887 ist der Kaufmann Carl Josef Franz Draeger zum stellvertretenden Director für das Jahr 1888 gewählt.

Danzig, den 6. Februar 1888.

Königl. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Die Remisceremesse hier selbst beginnt am Montag, d. 27. Februar d. J., die Verdemesse beginnt am

Montag, den 5. März d. J.

Frankfurt a. O., d. 31. Jan. 1888.

Der Magistrat.

Hamburg-Danzig.

Dampfer „Pauline“ lief jetzt in Hamburg direct nach Danzig. Güter - Anmelbungen nehmen entgegen

E. F. Mathies u. Co., Hamburg,

Ferdinand Browne, Danzig. (7167)

J. H. Reh h. u. Co.

suchen einen Lehrling. Antritt 2. Hälfte Mär. (7171)

Londoner Phönix,

Feuer-Assecuranz-

Societät,

gegründet 1882.

Anträge zur Versicherung von Gebäuden, Möbeln, Waaren, Maschinen, Fabriken, Ernte und Vieh gegen Vorliegung der vertraglichen Lo

# Beilage zu Nr. 16915 der Danziger Zeitung.

Freitag, 10. Februar 1888.

## Reichstag.

(Schluß.)

Abg. Windthorst: Ich bin mit dem Vorredner dahin einverstanden, daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn politische und kirchliche Gegenseitigkeit nicht mit einander verquickt würden; ich wünsche nur, daß er und alle, die ihm zuzubeten, dies zu jeder Zeit beachtet hätten; dann hätten wir nicht die schwerste Sünde des Jahrhunderts erlebt, den Culturkampf gegen die katholische Kirche (Gehr richtig! im Centrum). Wenn er dann erwähnte, daß auch der Gegensatz der Confessionen sich schärfe, dann wünschte ich, er möchte sich doch im stillen Hämmerlein fragen, wer denn diese Gegenseitigkeit verschärft hat. (Gehr richtig! links.) Dann hat hr. Stöcker ein Bild von der Agitation entworfen und sich dabei hauptsächlich auf die Wahlen von 1887 bezogen. Hätte ich aber gewußt, daß Herr Stöcker, der in der Regel nur aus dem spricht, was er in Berlin treibt, heute sprechen würde, dann würde auch ich meine Collectaneen über die Agitation von 1887 mitgebracht haben. Und ich kann ihm versichern, daß ihm dann Vorlesungen gehalten worden wären, die selbst er, der doch ein sehr gutes Maß von Agitation gewöhnt ist, von sich gewiesen haben würde. Wenn nun hr. Stöcker behauptet, bei den Wahlen werde die politische Einsicht nicht gefördert, so ist das eine ganz interessante Erkenntniß. Aus diesen Wahlen sind die Majoritätsparteien als Sieger hervorgegangen. (Große Heiterkeit links und im Centrum.) Ich bin allerdings der Meinung, daß trotz der alterungsgeigneten Agitationsmittel die Wahlen ein erhebliches Mittel sind, das Interesse des Volks für die öffentlichen Angelegenheiten wachzurufen und das Volk zu veranlassen, seine Stimme zu erheben, um das Richtige herbeizuführen. Und das ist doch auch von der Regierung anerkannt worden. Wie würde sie sonst zur Auflösung des Reichstags geschritten sein? Die äußerste Consequenz der Stöckerischen Gedanken, die er aber zu ziehen sich wohl hüten wird, geht dahin, die Parlamente ganz zu beseitigen und die absolute Staatsform wieder einzuführen. Ich will ihm in dieser Beziehung eine große Concession machen. Wenn die Dinge fortgehen, wie sie jetzt in Europa liegen, so können die Völker sehr wohl zu dem Glauben kommen, in der absoluten Monarchie wieder zu richtigen Zuständen zu gelangen, und ich würde unter Umständen wünschen, daß wir dann die alten Monarchien mit ihrem väterlichen Sinn wiederherstellen könnten, wo der Landesherr selbst die Sache dirigierte und nicht Minister statt seiner regierten. Das Weitere zu diesem Sachen denken Sie sich hinzu. (Große Heiterkeit.) hrn. Stöckers Deductionen führen nothwendig dahin, die Parlamente abzuschaffen. Durch Verlängerung der Legislaturperiode wird die Agitation nur heftiger werden, weil der Preis, um den es sich handelt, ein viel größerer ist. Bei den nächsten Wahlen wird es bis auf's Messer gehen, davon bin ich überzeugt. hr. Stöcker hat dann gesagt, man führe weiter nichts Böses im Schilde, es solle im übrigen alles beim alten bleiben. Und doch hat derselbe Herr in demselben Athem gesagt, die Leute hier in Berlin sähen lieber das 30. Jahr als die Altersgrenze für die Wahlberechtigung. Er hat damit einen deutlichen Fingerzeig gegeben, in welcher Richtung die weiteren Absichten gehen.

Zum Glück hat hr. v. Bennigsen das abgelehnt, und ohne den können Sie nichts machen, ebenso wenig wie Sie ohne ihn zweijährige Budgets machen können. Behören Sie also den erst einmal; er steht Ihnen ja jetzt so viel näher. Ich habe gewußt, daß der Antrag der Cartellparteien angenommen werden würde. Das hat mich aber nicht abgehalten, einen kleinen Recognoscirungssritt in das jenseitige Lager zu unternehmen, von dessen Ergebnissen ich sehr beeindruckt bin. Ich habe erstens die Erklärung des Herrn v. Bötticher, die sehr werthvoll war, weitens den wichtigen Brief des Prof. Laband, und endlich das Resultat, daß ich den Haupt- und Centralpunkt der Cartellmehrheit zu Erklärungen veranlaßt habe, daß es nun nicht weiter gehen solle. Angesichts dieser Resultate schrecken mich auch die Angriffe des Herrn v. Arndorff nicht. Wir sind viel einiger als er und seine eigene Partei. Die Nationalliberalen sind von dem Beifall der Regierung so berauscht, daß sie meinen, es werde immer so bleiben. Warten wir es ab. So viel ist sicher: die langen Legislaturperioden werden dazu führen, daß eine Reihe von Maßregeln, die dem Volke unbehaglich sind, einfacher durchgeführt werden können, als es jetzt der Fall ist. Ich bedauere, daß eine Partei, die den stolzen Namen national und liberal führt, aus eigener Initiative mit einem solchen Antrag hat stellen können. (Beifall im Centrum.)

Damit schließt die Debatte.

Zur Geschäftsordnung bemerkte der Vicepräsident v. Unruhe-Bomst, daß hr. Bamberger nach Ausweis des Stenogramms von einer „verachtenden“ Antwort gesprochen habe; da er aber das Stenogramm nicht im Manuscript, sondern im gedruckten Text corrigirt hat, hat er es übersehen, daß der Geher aus „verachtenden“ „vernichtenden“ gemacht hat.

Abg. Böckel constatirt, daß er trotz mehrfacher Meldung nicht zum Wort gekommen sei.

Abg. Stöcker bemerkte persönlich, daß von einer Erhöhung des Alters für die Wahlberechtigung in seiner Partei jetzt nicht die Rede sei. (Suruf links: jetzt!)

Abg. v. Bennigsen bleibt dabei, daß der Gegensatz zwischen Schutzzoll und Freihandel den Zwiespalt in die liberale Partei getragen habe. Das Ansehen des Parlaments sei nach oben und unten gesunken, das habe er als Grund für den Antrag angeführt.

Abg. Bamberger (persönlich): hrn. v. Bennigsen bemerke ich, daß gerade, als ich dazu übergehen wollte, ihm zu beweisen, daß die Dinge in Bezug auf die Wirtschaftspolitik nicht so ständen, wie er sie aufsaß, der Präsident mich unterbrochen hat. Es scheint, als ob ich nicht dieselbe Geslichkeit habe, wie Herr v. Bennigsen und noch weniger wie hr. Stöcker, um mich in dem vom Präsidenten zugelassenen Rahmen der Debatte zu halten. (Heiterkeit.) hr. Stöcker hat gesagt, ich hätte im Stenogramm eine Correctur angebracht, um den Sinn meiner Rede zu verändern. hr. v. Unruhe hat, nachdem ich verlangt, daß das Stenogramm herbeikomme, constatiren müssen, daß ich dazu absolut keine Feder angesehen habe. (Unruhe rechts.) Alles, was zur Unterlage der Aeußerung des Abg. Stöcker gedient hat, ist gänzlich ohne mein Vorwissen geschehen. Es liegt ein einfacher Drucksfehler vor. hr. v. Unruhe hat zu meiner Überraschung gesagt, die Stenographen mögen in Zukunft aufpassen,

ob ich nicht unerlaubte Änderungen vornehme. Ich bitte hrn. v. Unruhe, unter Zugabe der Stenographen zu erüren, ob ich ein gewohnheitsmäßiger Veränderer bin, daß ich polizeilicher Ueberwachung unterstellt werden müßte, wie er sie den Stenographen ans Herz gelegt hat. Ich bin über die Aeußerung des hrn. v. Unruhe um so mehr erstaunt, als es in seiner Erklärung sich darum handelt, mir Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. (Gehr richtig! links.) Ich habe also das Manuscript mit keinem Wort gesehen und in dem Abzuge absolut nichts corrigirt. hr. Stöcker sollte doch wenn er seinen Nächsten beschuldigt, erst sich besser unterrichten; er hätte grundsätzlich prüfen müssen, ob die Sache wahr ist, wenn er den Versuch machen wollte, mich gleichsam der Lächerlichkeit preiszugeben, indem er zeigt, daß ich als reuiger Sünder die eigenen Worte corrigirt habe. Ich habe nicht mit einer Feder, nicht mit einem Stift in die Herstellung des Berichts eingegriffen (Unruhe rechts).

Abg. Stöcker: Im Manuscript steht allerdings „Verachtung“, im Druck „Vernichtung“; es ist also corrigirt; aber aus der Erklärung des Herrn Bamberger ergiebt sich, daß nicht er, sondern ein anderer das gemacht hat.

Abg. v. Unruhe: In welcher Weise ich das Amt, die Stenogramme zu überwachen, übe, will ich nicht sprechen. hr. Bamberger hat sich darüber sehr scharf geäußert; aber der Ausdruck „polizeiliche Ueberwachung“ beleidigt mich nicht, da ich ja außerhalb des Hauses Polizeibeamter bin.

Abg. Bamberger: Polizeiliche Aufficht zu üben ist nicht schlimm, aber unter polizeilicher Aufficht zu stehen nicht sehr angenehm.

Das Haus tritt in die Specialdiscussion ein.

Bei § 1 nimmt das Wort

Abg. Hänel (freit.): Der Abg. Stöcker hat sich für seine Ausführungen den Rahmen so breit wählen können, wie es dem Redner einer anderen Partei wohl nicht gestattet gewesen wäre.

Präsident v. Wedell erblickt in dieser Ausführung eine unzulässige Kritik seiner Geschäftsführung.

Abg. Hänel: Ich erkenne an, Herr Präsident, daß Sie in einer Stellung sind, die sich jeder Kritik entzieht. (Murren rechts. Glocke des Präsidenten.) Die Gründe des Abg. Stöcker für den Antrag concentriren sich einfach in der Behauptung, daß er hoffe, das Gesetz werde den Agitationen bei den Wahlen eine gewisse Schranke auferlegen. Er hat uns sodann den Charakter dieser Agitation geschildert. Wer hat denn den Frieden mehr gestört als hr. Stöcker. Welche Agitation hat denn mehr Hass in der deutschen Nation genährt, als die des Abgeordneten Stöcker? (Gehr wahr!) hr. Stöcker hat eine Reihe von herausgerissenen Stellen aus einzelnen Flugblättern verlesen. Ich habe im Sinne, eine Gumme von Reden des Abg. Stöcker vorzulesen, die an Leidenschaft und Verhetzung der religiösen Parteien gegen einander alles übertreffen. Wenn es wirklich wahr wäre, daß ihn diese Agitationsmittel so sehr anekelten, warum wählt er mit solchem Behagen darin herum? Heute hat er hier den Friedensapostel herausgekehrt, aber für seine Sünden auf diesem Gebiete zeugt seine Stellung zum Antisemitismus und seine höchst einseitige Stellung, die er selbst in der evangelischen Kirche einnimmt. Er hat jedes Mittel

benutzt, um eine orthodoxe Partei, die in der Kirche nicht die Mehrheit hat, am Regiment zu erhalten. Die Verquickung des Christenthums mit einer specifischen Parteirichtung hat niemand so sehr wie er herbeizuführen gesucht. Kein Mensch in Deutschland ist so wenig berufen, wie er, Ermahnungen zum Frieden an uns und das deutsche Volk zu richten. Ich hoffe, daß hr. Stöcker von denjenigen, denen er heute einen gewissen Dank abgestattet hat, einst wird verleugnet werden. Es ist charakteristisch, daß hr. Stöcker mit seiner Unschuld und Liebe, die ihm so wohl ansteht (Heiterkeit links), uns zurufen konnte, daß den Verdächtigungen der Parteien gegen einander ein Ende gesetzt werden solle, und in demselben Athemjuge von einer Verbindung zwischen uns und den Socialdemokraten spricht. Wenn man gewisse Symptome unseres Wahlkampfes betrachtet, kann man allerdings mit hr. Stöcker sagen: wir stehen vor einem Abgrund. Diese Gefahr ist aber auch außerhalb der Wahlkämpfe namentlich in Berlin vorhanden, wo seitens des hrn. Stöcker in einer von keinem anderen übertröffenen Art agitiert wird. Den Widerspruch zwischen der Art und Weise seiner Agitation und seiner heutigen Rede vermag ich nicht mit einem parlamentarisch zulässigen Ausdruck genügend zu kennzeichnen. hr. Meyer meint, ich hätte gesagt, daß Verfassungsänderungen nicht stattfinden dürften. Ich habe nur gesagt, aus bloßen Opportunitätsgründen solle man nicht so leicht über die Verfassung hinweggehen. Die Verfassung ist ein Gesetz, welches wohl abgeändert werden kann, aber nicht aus bloßen Opportunitätsgründen. Ich bezweifle, ob die Nationalliberalen, obwohl sie jetzt eine Abänderung des bestehenden Wahlsystems ablehnen, später eine so feste Position haben werden, um von anderer Seite ihnen angesonnenen Abänderungen mit Erfolg entgegentreten zu können.

Die Discussion wird geschlossen und § 1 gegen die Stimmen der Freisinnigen, des Centrums, der Socialdemokraten und Polen angenommen.

Ohne Debatte wird der Rest des Gesetzes und darauf das Gesetz im ganzen definitiv angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Danzig, 10. Februar.

Der ornithologische Verein hielt gestern Abend eine Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, daß der Verein sich an der in Danzig vom 31. August bis 2. September d. J. stattfindenden Provinzial-Jahrtagung aufzustellen. Zu den weiteren Arrangements wurde eine aus den Herren Landes-Bauinspector Breda, Kaufleuten Olschewski, W. Brandt und Eschenbach bestehende Commission gewählt. Ferner wurde beschlossen, an den Herrn Oberbürgermeister die Bitte zu richten, daß die Aufstellung eines Dohnenstieges in dem städtischen Walde zu Täschkenthal verboten werde, weil dadurch die in der Nähe der Stadt sich aufhaltenden Singvögel nicht unbeträchtliche Einbuße erleiden. In Anbetracht des die Regierung augenblicklich beschäftigenden internationalen Vogelschutz-Gesetzes wird der Verein an den Reichstag eine Petition richten, dahin zu wirken, daß auch das Fangen der Krammetsvögel in Deutschland untersagt werde. Schließlich erstattete der Schriftführer Herr Eschenbach Bericht über die durch ihn in diesem Jahre auf Kosten des Vereins erfolgte Fütterung der Vögel. Es befinden sich in der

Nähe der Stadt 6 Futterplätze und es sind bereits in diesem Jahre 7 Ctr. Futter verbraucht. Der Berichterstatter bezeichnet es als wünschenswerth, daß auch der Thierschuhverein sich dieser Gache annehme. Die Fütterung erfolgt am besten, wenn man zwischen zwei Bäumen in Mannshöhe ein Brett legt und hierauf Hanf, Talg, Speck und Hinterweizen streut. Aufgesucht werden diese Plätze namentlich von Meisen, kleinen Spechten, Baumläusern, Spechtmeisen, Finken und Rothkehlchen. Letztere finden sich in diesem Jahre in großer Zahl auf den hiesigen Futterplätzen ein. Die Landwirthe streuen meistens nur Futter, um ihre Hühnerjagd zu erhalten, es wäre aber zu empfehlen, daß auch etwas für die Singvögel aßfällt; dabei sind die Futterplätze namentlich in der Nähe der Waldungen anzulegen. Unverwerthbare Fleischabfälle sind für die gefiederten Gänger noch stets ein leckerer Bissen.

**[Gewerbe-Verein.]** Im Anschluß an den vor drei Wochen von Hrn. Dr. Seligo, Geschäftsführer des westpreußischen Fischerei-Vereins, gehaltenen Vortrag über die Hebung der Fischerei hatte derselbe gestern Abend das Thema: „Über die Verwertung der Fische“ gewählt. Zu den schwersten Verlustarten gehören wohl die des Fischers und namentlich des Seefischers. Stundenlang muß er auf seinen kleinen Booten fahren, um die Fischgründe zu erreichen, wobei er dem Wetter in der nur denkbarsten Weise ausgesetzt ist. Durch diese Verhältnisse habe sich daher bei unseren Fischern ein wetterharter, aber eigensinniger, unzugänglicher Menschenkopf gebildet, der von seinen bisherigen Gewohnheiten nur schwer in bessere, praktischere Bahnen zu lenken ist. Da in Folge dessen die Verwertung der Fische noch immer nicht den Punkt erreicht hat, wie es wohl wünschenswerth ist, so ist der Lohn der Fischer auch nur ein härglicher. Namentlich haben die Seefischer darunter zu leiden, daß sie für ihre Ware bei günstigem Fang nicht genügend Abnehmer haben. Was die Nährstoffe der Fische anbelangt, so hat der Kal 33½ Proc. Fetttheile, der Lachs 10 Proc., die Hechte, die Barsche und Weißfische allerdings bedeutend weniger, aber dafür besitzen sie einen großen Prozentsatz von anderen Nährstoffen, so daß 1000 Gramm Fischfleisch in seiner Nährkraft 614 Gramm Rindfleisch gleichkomme. In der Laizzeit ist das Fleisch der Fische weniger schmackhaft, bei einigen Fischarten ist während dieser Zeit der Rogen sogar giftig. Modrig schmeckende Fische gibt es eigentlich nicht; wenn dieses dennoch der Fall ist, so liegt das daran, daß kleine in den Kiemen ic. sich befindende modrige Theile beim Abwaschen nicht entfernt sind. Wenn die Fische erst mehr Verwendung in den Kasernen, Fabriken und Conserve-Anstalten finden werden, werde der Lohn der armen Fischer auch ein beträchtlicher werden. Aber nicht nur das Fleisch der Fische ist zu verwerten; die Schuppen, namentlich des Barsches, werden in hierzu bestehenden Fabriken zur Anfertigung von Schmucksachen verwendet, aus den Schuppen des Uhlans und des Breitlings wird ein wichtiges Hilfsmittel zur Anfertigung von Glasperlen gewonnen. Der Rogen des Hechtes, des Bressens, des Störs, des Eierlets und des Haussens wird zu Caviar verbraucht, aber auch die Blase und die Leber einzelner Fische finden Verwendung. Am zweckmäßigsten werden die Fische in einer Temperatur von 3 bis 5° Wärme erhalten; zum Transport derselben sind besonders eingekleidete Eisenbahnwaggons construit, an denen eine Kühlvorrichtung angebracht ist. In New-York existiren besondere Kältehäuser, in denen die Fische frisch conservirt werden; aber auch durch Einsalzen, Räuchern, Marinieren und durch Bohrsäure werden Fische lange conservirt. Nachdem der Herr Vortragende noch auf die Zubereitung der einzelnen Fischarten näher eingegangen war, besprach er schließlich im speciellen die verschiedenen Arten der Fische in den Binnenwässern, die Wanderfische, sowie die Seefische, und

betonte, daß die Hebung der Fischerei einzigt und allein von der Hebung des Consums abhängt.  
**Y Thorn,** 9. Februar. Bei der heutigen Schwurgerichtsverhandlung ereignete sich folgender interessante Fall. In einer Anklagesache wegen Brandstiftung konnte nicht verhandelt werden, da ein Hauptzeuge, der Rentier J. Goldberg aus Gorzno, nicht erschienen war. Da er sein Ausbleiben nicht entschuldigt, wurde er zu 10 Mk. Geldstrafe ev. 1 Tag Haft und in die Kosten des Termins verurtheilt. Eben war dies geschehen, da traf eine amtlich beglaubigte Entschuldigung des Goldberg ein; Krankheit hat ihn am Erscheinen gehindert. Der Staatsanwalt beantragte jedoch, die gegen Goldberg verhängte Strafe aufrecht zu erhalten, da er seine Entschuldigung hätte früher anbringen können. Der Gerichtshof setzte seinen Beschluß darüber noch aus. Die Kosten des Termins werden bedeutende sein, da zu demselben 13 Zeugen geladen waren.

### Vermischte Nachrichten.

\* [Wie der alte Schadow einen Orden bekam], erzählt Max Oberbreyer in seinem Ordensbüchlein (Leipzig, M. Kuhl). Es war am 20. Mai des Jahres 1844. Der alte Akademiedirector Gottfried Schadow feierte in Berlin seinen 80. Geburtstag. Am Vormittag erschien ein Adjutant Friedrich Wilhelms IV. in der Wohnung des Künstlergreises und überbrachte ihm des Königs Glückwünsche, dazu einen Orden von ansehnlichem Range. Der Alte, noch im Schlafrock, nahm den Ueberbringer ziemlich kühl auf, beinahe etwas unwillig. Befonders der Orden wollte ihm nicht behagen. „Ah nee“ — sagte er verdrücklich — „was soll ich noch mit 'nem Orden? Nehmen Sie den man wieder mit! Ich bin schon zu alt dazu!“ — „Aber Herr Director“, gab der Offizier zu erwägen, „bedenken Sie doch, was wird Seine Majestät zu solcher Antwort sagen?“ — „Na ja, das ist richtig. Na, dann legen Sie den Orden man da hin.“ — Auf die Weise doch etwas befriedigt, sich seines Aufrages entledigt zu haben, verschwand der Adjutant. Eine Stunde später erschien der König selbst in Schadows Wohnung. Er trat in ein leeres Zimmer. Der Alte war im Nebenzimmer mit der Toilette beschäftigt; er sah aber den Monarchen durch die Thürspalte und rief durch dieselbe hinein: „Majestät, ich bin noch in den Unterkörper!“ — „Schön, lieber Schadow“, antwortete der König, „ich werde warten.“ — „Na schön, Majestät!“ schallte es wieder heraus. Nach einer guten Weile erschien der Alte. „Aber sagen Sie mir, lieber Schadow“, sagte der König, „was ist Ihnen denn in den Kopf gefahren? Ich will Ihnen eine Freude machen und Sie lassen mir da durch meinen eigenen Adjutanten Grobheiten sagen?“ — „Ah nee, Majestät“, erwiederte der greise Gottfried — „nee, das habe ich man blos so gesagt — das war nicht so gemeint. Sehen Sie, Majestät, ich habe mir man blos gedacht, ich bin ein alter Mann, was soll ich noch mit 'nem Orden? Wissen Sie was, Majestät, geben Sie den meinem Schwiegersohn Bendemann! Der freut sich noch drüber!“

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

**Hamburg,** 9. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco flau, holsteinischer loco 165 bis 170. Rogen loco still, mecklenburgischer loco neuer 122 bis 128, russischer loco ruhig, 90 bis 96. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rüböl loco 47.00. Spiritus flau, per Februar-März 21½ Br. per März-April 22 Br. per April-Mai 22½ Br. per Mai-Juni 22½ Br. Raffee matt. Umsatz 2500 Sach. Petroleum ruhig. Standard white loco 7.35 Br. 7.25 Gd. per August-Dezember 7.30 Br. — Wetter: Frost.

**Hamburg,** 9. Februar. Zuckermarkt. Rübenrohzucker 1. Product, Basis 880 Rendem, frei an Bord Hamburg per März 15.00, per April 15.10, per November 12.80, per Dezember 12.80. Fest.

**Hamburg,** 9. Februar. Raffee good average Santos

per März 65, per Mai 64½, per Septbr. 60½, per Dezember 59. Ruhig.

**Harre,** 9. Februar. Raffee good average Santos per Febr. 77.50, per Mai 77.00, per August 74.25, per Dez. 72.50. Ruhig.

**Bremen,** 9. Februar. Petroleum. (Schluß-Bericht) Ruhig. Standard white loco 7.35 Br.

**Frankfurt a. M.**, 9. Februar. Effecten-Societät. (Schluß.) Credit-Aktionen 213½, Franzosen 171, Lombarden — Galizier 153½, Aegypten 74.10, 4% ungar. Goldrente 77.00, 1880er Russen 76.80, Gotthard-Bahn 111.90, Disconto-Commandit 186.30, 3% portug. Anleihe 75½, Reading- und Philadelphia-Aktion 65½, Wabash-Preferred-Aktionen 25½, Canada-Pacific-Eisenbahn-Aktionen 56½, Illinois-Centralbahn-Aktion 115, Erie Second Bonds 97. — Waaren-Bericht. Baumwolle in New York 10½, do. in New Orleans 9½, raff. Petroleum 70 % Abel Teit in New York 7½ Gd., do. in Philadelphia 7½ Gd., rohes Petroleum in New York — D. 6½ G. do. Pipe line Certificats — D. 90½ G. Zucker (Fair refining Muscovados) 4%. Raffee (Fair Rio) 16, Rio Nr. 7 low ordinari per März 12.67, do. do. per Mai 12.47. Cimarron (Wilcox) 7.90, do. Fairbanks 8.00, do. Rohe u. Brothers 7.90. Speck — Rupfer pr. März 16.35. Seidebefracht 1½.

**Wien,** 9. Februar. (Schluß-Courte.) Oester. Papier-rente 77.40, do. 5% do. 92.25, do. Gilberrente 79.00, 4% Goldrente 108.00, do. ungar. Gold. 95.80, 5% Papier-rente 82.25, 1854er Loos 130.25, 1860er Loos 133.50, 1864er Loos 185.25, Creditloose 176.25, ungar. Bramen-loose 119.00, Creditactionen 267.20, Franzosen 212.40, Lombarden 80.75, Galizier 190.50, Lemb.-Czern. 205.50, Pardub. 145.50, Nordwestbahn 152.50, Elbthalbahn 154.50, Kronprinz-Rudolfsbahn 176.75, Böh. West — Nordbahn 2455.00, Unionbank 187.25, Anglo-Aust. 98.00, Wiener Bankverein 82.00, ungar. Creditactionen 269.50, deutsche Blätter 62.35, Londoner Wechsel 127.00, Pariser Wechsel 50.30, Amster-damer Wechsel 105.25, Napoleon 10.05, Dukaten 5.99, Marknoten 62.35, russ. Banknoten 1.08%, Gildecoupons 100.00, Länderbank 204.00, Tramman 209.00, Tabak-actionen 70.00, Buschtheraderbahn 217.00.

**Amsterdam,** 9. Februar. Getreidemarkt. Weizen per März 191, per Mai 192. Roggen per März 104—103, per Oktober 108—107.

**Antwerpen,** 9. Februar. (Schlußbericht.) Petroleum-markt. Raffineries, Type weiß, loco 19½ bei, und Br., per März 18½ bei, 18½ Br., per April-Juni 18½ Br., per Sept.-Dez. 18½ bei, 18½ Br. Ruhig.

**Paris,** 9. Februar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen bebt., per Februar 23.40, per März 23.60, per März-Juni 23.90, per Mai-August 24.25. Rogen ruhig, per Febr. 14.00, per Mai-August 14.40. Riegel bebt., per Februar 51.75, per März 51.80, per März-Juni 52.25, per Mai-August 52.60. Rüböl matt, per Febr. 53.25, per März 53.25, per März-Juni 53.25, per Mai-August 53.25. Spiritus matt, per Febr. 47.00, per März 47.25, per März-April 47.25, per Mai-August 48.00. — Wetter: Bedeutet.

**Paris,** 9. Februar. (Schlußcourse.) 3% amortisierbare Rente 84.92½, 3% Rente 81.32½, 4½% Anleihe 106.60, italien. 5% Rente 92.05, österreichische Goldrente 87½, 4% ungar. Goldrente 76½, 4% Russen de 1880 78.00, Franzosen 423.75, Lomb. Eisenbahnactionen 176.25, Lombard. Prioritäten 284.00, Convert. Türken 13.95, Türkensloose 35.00, Credit mobilier 285, 5% Spanier 67½, Banque ottomane 500.00, Credit foncier 1365, 4% unific. Aegypten 373.12, Guie-Aktionen 2097, Banque de Paris 736.00, Banque d'escompte 451.00, Wechsel auf London — Wechsel auf deutsche Blätter (3 Mt.) 123½ 5% privil. türk. Obligationen 362.50, Panama-Actionen 283, Rio Tinto 513.75.

**Paris,** 9. Februar. Bankausweis. Baarvorrath in Gold 1.108.000.000, Baarvorrath in Gilber 1.190.000.000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen 603.800.000, Notenumlauf 2.765.800.000, laufende Rechnung der Brigaden 378.100.000, Guthaben des Staatshauses 152.100.000, Gemütvorschüsse 269.500.000 Zins- und Discont-Erträge 3.579.000 Frs. Verhältnis des Notenumlaufs zum Baarvorrath 83.13.

**London,** 9. Februar. Bankausweis. Totalreserve 14.394.000, Noten-Umlauf 23.436.000, Baar-Borrath 21.630.000, Portefeuille 19.336.000, Guthaben der Privaten 24.644.000, Guthaben des Staats 7.198.000, Noten-reserve 12.977.000, Regierungssicherheit 16.261.000 Litr. Procentverhältnis der Reserve zu den Passiven 44½ gegen 45½ in der Vorwoche.

**London,** 9. Febr. Consols 102½, 4% preuß. Consols von 1871 91, 5% Russen von 1872 90½, 5% Russen von 1873 91½, Convert. Türken 13½, 4% fundirte Amerikaner 129½, Oester. Gilberrente 62½, Gilberrente 86, 4% ungar. Goldrente 76½, 4% Spanier 66½, 5% privil. Aegypten 100½, 4% unific. Aegypten 73½, 3% gar. Aegypten 102½, Ottoman-Bank 97½, Guie-Aktionen 83, Canada Pacific 57½, Conserifte Merikaner 33½, Gilber-Blatzdiscont 11½ Proc. Wechselnotirungen: Deutsche Blätter 20.50, Wien 12.85, Paris 25.45, Petersburg 20½.

**London,** 9. Februar. An der Süste angeboen 2 Weizen-ladungen. — Wetter: Milde.

**Glasgow,** 9. Februar. Notheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 39 Sh. 6 D.

**Newark,** 8. Februar. (Schluß-Courte.) Wechsel auf Berlin 95, Wechsel auf London 4.83½, Cable Transfers 4.86, Wechsel auf Paris 5.22½, 4% fund. Anleihe v. 1877 125½, Erie-Bahn-Akt. 263½, New York-Central-Aktion 106½, Chic.-North-Western-Akt. 107, Lake-Shore-Akt. 90½, Centr.-Pacific-Aktion 30, North-Pacific-Preferred-Aktionen 44½, Louisville- und Nashville-Aktionen 59½, Union-Pacific-Aktionen 54½, Chic. Mill. - u. St. Paul-Aktionen 75½, Reading- und Philadelphia-Aktionen 65½, Wabash-Preferred-Aktionen 25½, Canada-Pacific-Eisenbahn-Aktionen 56½, Illinois-Centralbahn-Aktion 115, Erie Second Bonds 97. — Waaren-Bericht. Baumwolle in New York 10½, do. in New Orleans 9½, raff. Petroleum 70 % Abel Teit in New York 7½ Gd., do. in Philadelphia 7½ Gd., rohes Petroleum in New York — D. 6½ G. do. Pipe line Certificats — D. 90½ G. Zucker (Fair refining Muscovados) 4%. Raffee (Fair Rio) 16, Rio Nr. 7 low ordinari per März 12.67, do. do. per Mai 12.47. Cimarron (Wilcox) 7.90, do. Fairbanks 8.00, do. Rohe u. Brothers 7.90. Speck — Rupfer pr. März 16.35. Seidebefracht 1½.

**Newark,** 9. Febr. Wechsel auf London i. G. 4.83½.

Rohr. Weizen loco 0.89½, per Februar 0.88½, per März 0.89½, per Mai 0.91½. — Mehl loco 3.20. — Mais 0.60. Fracht 1½. — Zucker (Fair refining Muscovados) 4%.

### Productenmärkte.

**Königsberg,** 9. Februar. (v. Portarius u. Grothe.) Weizen per 1000 Kilogr. hochbunter 12½ 149.50, blip. 136.50, 125½, 128½ und 130½ 150.50, 126½ 145.75, 128½ 148.75, 129½ 129½ und 132½ 151.75, 131½, 132½ und 133½ 153, 154 M. bei, bunter 125½ und 128½ 150.50, 127½ 148.25, russ. 119½ 114, 115, bei, 104, 124½ bei, 105, 127½ 121, 122 M. bei, rother 110½ 105.75, 121½ 133 M. bei, — Roggen per 1000 Kilogr. inländ. 109½ 70, 112½ 83.75, 114½ 86.25, 116½ 92.50, 93.75, 117½ 94.25, 118½ 96.25, 119½ 97.50, 120½ 98.75, 121½ 100, 122½ 100.50, 101.25, 123½ 102.50, 103, 124½ 103.75, 104½ 125½ 105.50, 106.75, 129½ 110.50 M. bei, russ. ab Bahn 116½ 65.50, 117½ 66.50, 118½ 67.50, 123½ 73.50 M. bei, — Gerste per 1000 Kil. groß 88.50, 90, 90.50, 91.50 M. bei, kleine 85.75, 88.50, russ. 66, 68 M. bei, — Hafer per 1000 Kilogr. 88, 90, 92, 96, 98, 100 M. bei, — Erbsen per 1000 Kilogr. weiße 88.75, 91, 93.25, 95.50 M. bei, — Bohnen per 1000 Kilogr. 111, 113.25 M. bei, — Wicken per 1000 Kilogr. 97.75 M. bei, — Spiritus per 10.000 Liter % ohne Fah. loco contingentirt 49½ M. Gd., nicht contingentirt 30½ M. Gd., per Februar contingentirt 49½ M. Gd., nicht contingentirt 30½ M. Gd., per Frühjahr contingentirt 51½ M. Gd., nicht contingentirt 31½ M. Gd. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

**Gießen,** 9. Februar. Weizen flau loco 162—164, Roggen flau, loco 105—111, per April-Mai 116, per Juni-Juli 120.50. — Bomm. Hafer loco 102—108. — Rüböl flau, per Februar 45.50, per April-Mai 45.50. — Spiritus matt, loco ohne Fah. versteuert 97.00, do. mit 50 M. Consumsteuer 48.70, do. mit 70 M. Consumsteuer 30.70, per April-Mai 89.10. — Petroleum loco erzielt 12.70.

### Schiffs-Liste.

**Neufahrwasser,** 9. Februar. Wind: Gd. Angekommen: Leipzig (Gd.), Ehler, Grünemünde, leer. Gefeiert: Elisabeth (Gd.), Franken, Copenhagen, Getreide u. Güter. — Bettin (Gd.), Jacobson, Carlskrona, Getreide.

**10. Februar.** Wind: Gw. Angekommen: Rolandseck (Gd.), Gramberg, Dünnkirchen, leere Fässer. Gefeiert: Malaga (Gd.), Beckmann, Cadiz, Sprit und Güter.

**Thorner Wechsel-Rapport.** Thorner, 9. Februar. Wasserstand: plus 1.20 Meter. Wind: ND. Wetter: nebelig, Frost, etwas Schne.

Beratungswirthliche Redaktion: für den politischen Theil und ver-kaufte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und literarische D. Höchner, — den lokalen und provinzialen Handels-, Marine-Theil und den städtigen redaktionellen Inhalt: U. Klein, — für den Inseraten- und W. Kastenmann, sämtlich in Danzig.